

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4** **Sonderthema**
OB-Barometer 2022:
Klimathematik wichtigste
aktuelle Aufgabe der Städte
- 14** **Forschung & Publikationen**
Umweltfreundlich mobil
und günstiger wohnen mit
Mietertickets
- 22** **Neue Projekte**
Difu startet mehrere
Smart-City-Projekte
- 29** **Veranstaltungen**
Stadtgrün und Wasser für
klimagerechte Quartiere
nutzen

Editorial

Sonderthema

- 4 OB-Barometer: Klimathematik wichtigste aktuelle Aufgabe der Städte

Forschung & Publikationen

- 6 KfW-Kommunalpanel 2022: Krise als Dauerzustand?
- 8 Wanderungstrends in Städten und Regionen frühzeitig erkennen
- 9 Sportstätten – Infrastrukturen einer ganzheitlichen Stadtentwicklung
- 10 Umsetzung der Agenda 2030 in der Landeshauptstadt München
- 12 Auszubildende im kommunalen Klimaschutz qualifizieren
- 13 Praxiserfahrungen von Kommunen im Umgang mit dem Klimaschutz
- 14 Umweltfreundlich mobil und günstiger wohnen mit Mietertickets
- 15 Kommunales Integrationsmonitoring liefert wichtige Daten für Kommunen

Neue Projekte

- 21 Wirtschaftsverkehr in Bremen
- 21 Sicherheitsrisiko Parken!
- 22 Management der Smart City
- 22 Datenstrategien in Kommunen
- 23 Krisenfeste Städte
- 23 Urbane Resilienz stärken

Veranstaltungen

- 24 Veranstaltungsvorschau
- 26 Kinder- und Jugendhilfe: Mehr Aufmerksamkeit für Familien!
- 27 Den Klimafolgen zuvorkommen: Vorteile der Vernetzung
- 28 Umweltgerechtigkeit – Perspektiven für Bund, Länder und Kommunen
- 29 Stadtgrün und Wasser als Bausteine klimagerechter Quartiere
- 30 Smart-City-Kongress vernetzt 73 Modellkommunen Deutschlands
- 31 Utrecht, Zwolle und Houten: Fahrradinspiration zum Anfassen

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich Klimaneutralität?
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwender
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

der russische Angriffskrieg ist in den deutschen Kommunen angekommen. Gebremstes Wirtschaftswachstum und hohe Inflationsraten hinterlassen Spuren in den kommunalen Haushalten. Die Baukapazitäten waren bereits vor dem Krieg sehr stark ausgelastet, jetzt kommen extreme Preissteigerungen hinzu. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass die im KfW-Panel 2022 (siehe Seite 6) festgestellte kommunale Investitionslücke von 159 Milliarden Euro noch größer werden wird.

Die deutschen Städte sehen Klimaschutz inzwischen als die wichtigste kommunale Aufgabe an (siehe OB-Barometer 2022, Seite 4). Dass der Bund ihnen in Zeiten der Stagflation und stetig steigender Staatsverschuldung die hierfür notwendigen Mittel bereitstellen wird, ist trotz des 60 Milliarden Euro Sondervermögens für Klimaschutz wohl eher unwahrscheinlich. Tom Krebs und Janek Steitz haben in ihrer Studie für die Agora Energiewende 2021 einen kommunalen Investitionsbedarf von 170 Milliarden Euro ermittelt, der in den 2020er-Jahren realisiert werden müsste, um einen angemessenen kommunalen Beitrag zur Erreichung des 65-Prozent-Reduktionsziels bis 2030 zu leisten.

Manche sagen, die kriegsbedingte Verteuerung fossiler Energieträger habe den positiven Nebeneffekt, dass die Umstellung auf klimafreundliche Energien beschleunigt würde. Das wäre rein denklogisch sogar richtig, wenn nicht gleichzeitig – wenig überzeugende – staatliche Maßnahmen ergriffen würden, die die Preise wieder senken.

Für die ukrainischen Kommunen gibt es keine irgendwie gearteten positiven Nebeneffekte des Krieges. Wenn Städte in Schutt und Asche gelegt werden und Menschen unter den Trümmern sterben, ist nichts mehr positiv.

Prof. Dr. Carsten Kühl

Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

OB-Barometer: Klimathematik wichtigste aktuelle Aufgabe der Städte

Die Jahresbefragung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) zeigt, dass im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr Oberbürgermeister*innen Klima als wichtigstes aktuelles Handlungsfeld der Kommunen bewerten.

Zu den drängenden Herausforderungen, die die Städte aktuell beschäftigen, gehören der Klimaschutz, die Coronamaßnahmen und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Dies ist eines der Ergebnisse der diesjährigen Difu-Städteumfrage, die im Januar und Februar 2022 durchgeführt wurde. Die Klimathematik nimmt damit erstmals und mit deutlichem Abstand den Spitzenplatz der aktuell wichtigsten Handlungsfelder ein und wird von fast zwei Drittel der Städte genannt. Oben auf der Agenda bleiben ebenfalls die Themen „Wohnen“ und „Mobilität“. Vor allem die Stadtspitzen der großen und der süddeutschen Städte nennen diese Themen. Die Umfrage spiegelt noch nicht die durch den Krieg in der Ukraine verursachten Folgen wider, die die Kommunen aktuell und vermutlich auch künftig in erheblichem Ausmaß beschäftigen werden.

Trotz der Auflagen und Einschränkungen durch die Coronapandemie in allen Bereichen des kommunalen Lebens ist im zweiten Krisenjahr offenbar eine Routine im Umgang mit der Pandemie eingeekehrt, sodass Bekämpfung und Umgang mit Corona nicht mehr ganz oben auf der Agenda stehen. Die Folgen der Pandemie beschäftigen die Städte jedoch nach wie vor, aber sie werden überwiegend als weniger gravierend oder als besser

handhabbar eingeschätzt als noch 2021. Das gilt besonders für den im letzten Jahr noch befürchteten Rückgang von Steuereinnahmen. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass Bund und Länder den Kommunen Gewerbesteuer ausfälle für 2020 großzügig kompensiert haben. Nach wie vor werden jedoch die Herausforderungen durch die Existenzgefährdung von Handel und Gastronomie, der Kulturszene sowie die Verödung der Innenstädte als gravierend angesehen. So setzt sich der – auch coronabedingte – Bedeutungszuwachs des Themas Innenstadtentwicklung fort. Unterstützt durch Förder- und Investitionsprogramme der Bundesregierung und der Bundesländer wird der notwendige Transformationsprozess der Innenstädte die Kommunen noch Jahre begleiten.

Auch im Hinblick auf die Zukunftsthemen steht Klima mit deutlichem Abstand ganz oben, gefolgt vom Thema Mobilität. Dies unterstreicht den großen Stellenwert, den die Stadtspitzen Umweltfragen einräumen. Bedenkt man, dass es bei der urbanen Mobilität entscheidend darum geht, Lösungen jenseits des motorisierten, CO₂-emittierenden Individualverkehrs zu entwickeln, wird deutlich, dass mit Mobilität ein zweites Klimathema oben auf der kommunalen Agenda rangiert. Zu den weiterhin wichtigen Zukunftsthemen



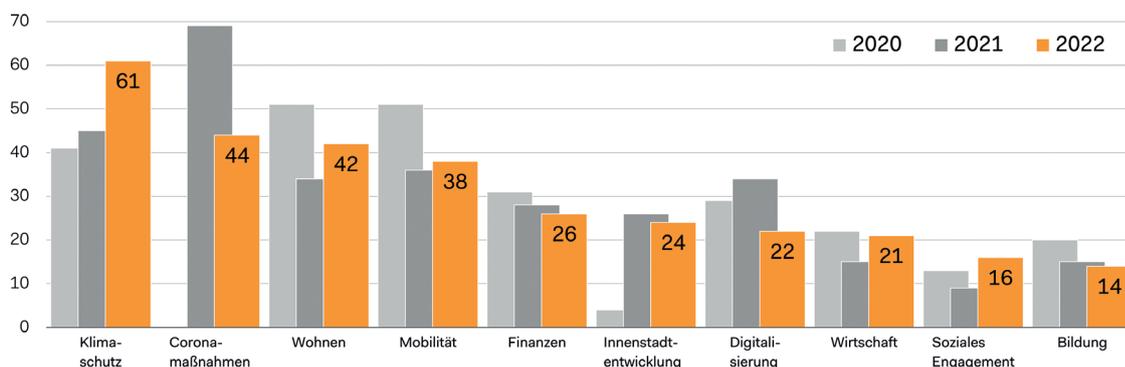
Fotos: Difu

Prof. Dr. Carsten Kühl
+49 30 39001-214
kuehl@difu.de

Dr. Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Was sind aktuell die wichtigsten Aufgaben in der Stadt (TOP 10)?

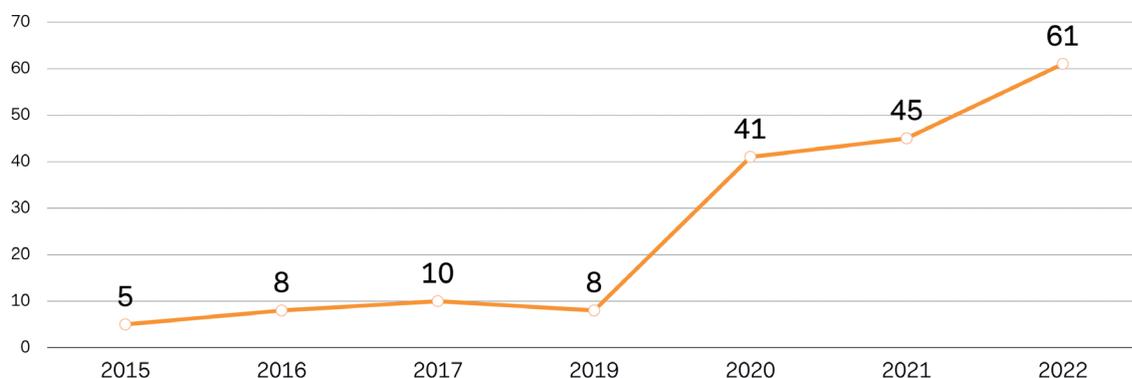
Der größte Handlungsbedarf meiner Stadt liegt bei den Themen Klimaschutz, Bewältigung der Coronakrise und Wohnen



Antworten der (Ober)bürgermeister*innen, Angaben in Prozent, fehlende Werte: Sonstiges/weiß nicht/keine Angabe
Quelle: OB-Barometer 2022

Was sind aktuell die wichtigsten Aufgaben in der Stadt?

Entwicklung der Bedeutung des Handlungsfelds „Energiepolitik, Klimaschutz, Nachhaltigkeit“



Antworten der (Ober)bürgermeister*innen, Angaben in Prozent
Quelle: OB-Barometer 2022



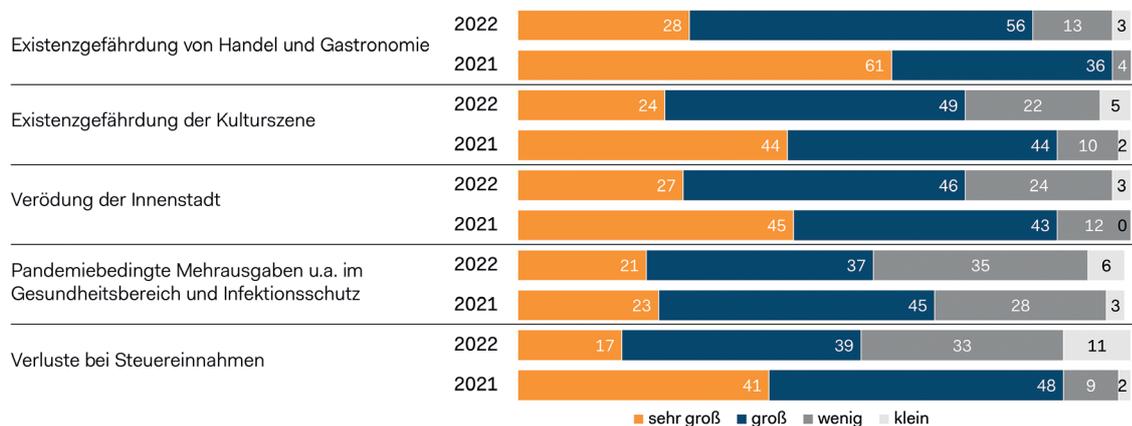
gehören Wohnen, Digitalisierung und Finanzen – als Handlungsfelder, die die Städte bereits seit einigen Jahren kontinuierlich im Blick haben. Zum ersten Mal taucht das Thema „Fachkräfte halten und Fachkräfte gewinnen“ unter den Top 10 der wichtigsten Zukunftsthemen auf. Vor allem in den ostdeutschen Städten rückt das Thema der Fachkräftegewinnung auf die politische Agenda, gut ein Drittel der dortigen Stadtspitzen nennt das Thema. Der Fachkräftemangel ist inzwischen also in den kommunalen Verwaltungen und auch in den kommunalen Unternehmen angekommen.

Die Handlungsfelder, in denen sich die Stadtspitzen bessere Rahmenbedingungen durch Länder, Bund oder Europäische Union wünschen, haben sich laut OB-Barometer 2022 nur wenig

verändert: Digitalisierung, Wohnen und Finanzen werden am häufigsten genannt. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Themenfelder Wohnen, Mobilität und Klimaschutz an Bedeutung gewonnen. Diese weitgehend unveränderten Forderungen lassen die Interpretation zu, dass die erhofften Verbesserungen aus Sicht der Kommunen offenbar (noch) nicht oder nicht im gewünschten Maße eingetreten sind.

Für das „OB-Barometer“ werden seit 2015 jährlich die (Ober-)Bürgermeister*innen deutscher Städte ab 50.000 Einwohner*innen befragt. Ziel der repräsentativen Befragung ist die Ermittlung eines Gesamtbildes der aus Sicht der Stadtspitzen wichtigsten Herausforderungen der Kommunen – aktuell und mit Blick auf die Zukunft.

Denkbare Folgen der Corona-Pandemie: Herausforderungen für die Kommunalpolitik



Antworten der (Ober)bürgermeister*innen, Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe
Quelle: OB-Barometer 2022



KfW-Kommunalpanel 2022: Krise als Dauerzustand?

Difu-Studie für die KfW: Die Kommunen sind durch Coronapandemie, Flutkatastrophe und Ukraine-Krieg stark gefordert. Der kommunale Investitionsrückstand ist 2021 auf 159 Milliarden Euro angewachsen. Steigende Energiepreise sorgen für Zusatzbelastungen.

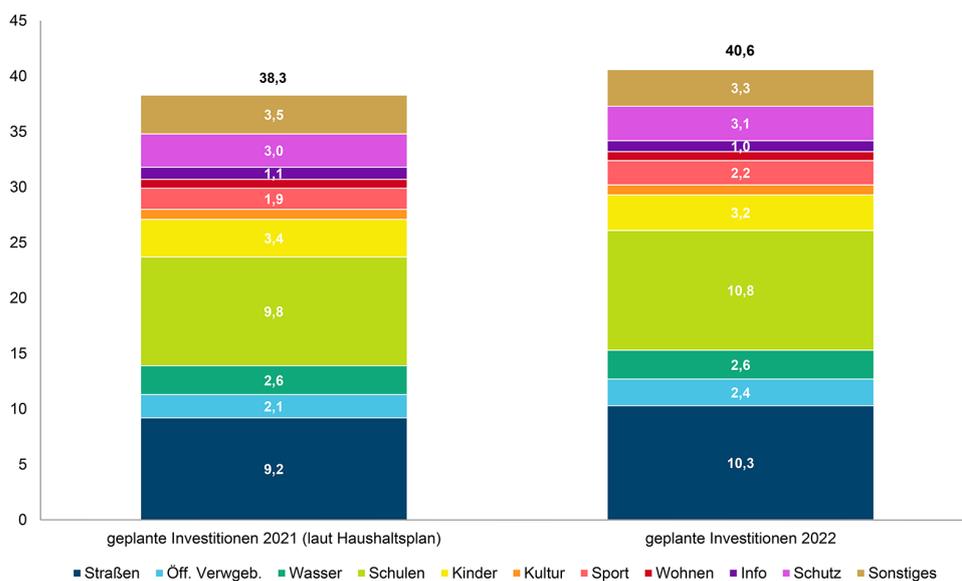
Die deutschen Kommunen sind noch mit den Auswirkungen der Coronakrise und der Flutkatastrophe des Jahres 2021 belastet, während die nächsten Herausforderungen – die Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs – bereits absehbar sind. Das aktuelle KfW-Kommunalpanel 2022 zeigt, dass sich die Unsicherheiten in den Haushalten der Städte, Gemeinden und Kreise nun massiv verstärken dürften. So zeigt die Befragung, die Ende vergangenen Jahres durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag von KfW Research durchgeführt wurde, dass jede zweite Kämmerei (48%) ihre Finanzlage nur als „ausreichend“ oder sogar „mangelhaft“ bewertet. Lediglich 21 Prozent empfinden ihre Finanzlage im zweiten Corona-Jahr als „gut“ oder „sehr gut“.

Ein Grund für die zurückhaltenden Einschätzungen dürfte in der unsicheren und ungleichen Entwicklung der Kommunalfinanzen liegen. So profitieren nicht alle Kommunen vom jüngsten Einnahmewachstum der öffentlichen Hand, denn dies ist zu großen Teilen auf höhere Gewerbesteuern in strukturstarken Regionen zurückzuführen. Die Mehrausgaben, beispielsweise durch höhere Sachkosten für die Pandemiebewältigung, fallen

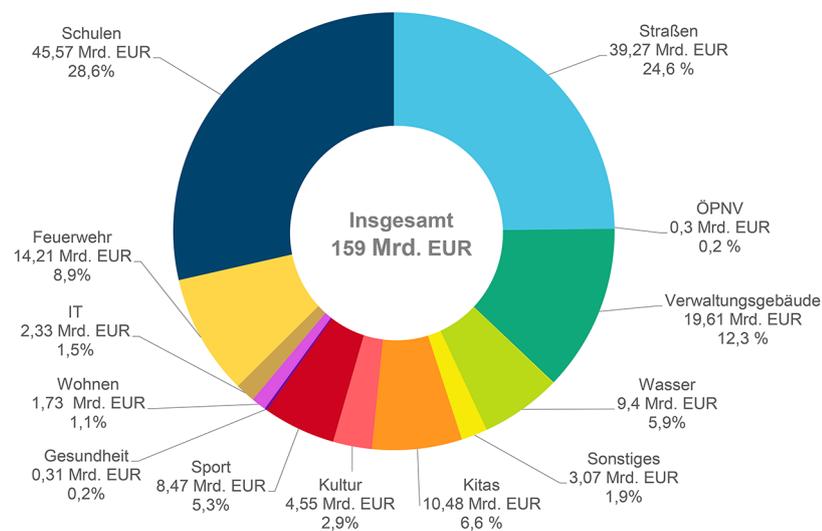
jedoch in nahezu allen Kommunen an. Von einer Normalisierung der Haushalte auf Vorkrisenniveau geht eine Mehrheit der Kommunen sowohl bei den Einnahmen (55%) wie bei den Ausgaben (46%) deshalb erst binnen der nächsten zwei bis fünf Jahre aus. In der Folge erwarten sieben von zehn Kämmereien eine weitere mittelfristige Verschlechterung ihrer Finanzsituation, nur eine von zehn eine Verbesserung. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Ausblick damit zwar leicht verbessert, bleibt jedoch noch immer unter dem langjährigen Durchschnitt.

Die Folgen des Ukraine-Krieges wie die Wirtschaftssanktionen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Eine Nachbefragung zum KfW-Kommunalpanel im April 2022 zeigt aber, dass allein die gestiegenen Energiepreise schon spürbare Auswirkungen auf viele Kommunen haben. Der Befragung zufolge wandten die Kommunen im Jahr 2020 im Mittel rund 1,5 Prozent ihrer Ausgaben für Wärme, Strom und Treibstoff auf. Dieser Anteil stieg bis 2022 um rund ein Drittel auf zwei Prozent. Rund die Hälfte der teilnehmenden Städte, Gemeinden und Kreise gab an, dass diese Mehrbelastungen für sie „nur schwer“ (46%) oder

Geplante Investitionen 2021 und 2022 (in Mrd. Euro)



Wahrgenommener Investitionsrückstand der Kommunen 2021



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2022

difu
Deutsches Institut
für Urbanistik

sogar „gar nicht“ (5%) zu schultern sind und damit Anpassungen in der Finanzplanung erforderlich machen. Die Kommunen reagieren auf die gestiegenen Energiepreise sowohl mit Einsparungen bei anderen Haushaltsposten, als auch mit Anpassungsmaßnahmen beim Energieverbrauch. Diese Maßnahmen sind vor allem die Nutzung erneuerbarer Energiequellen für die Stromversorgung (80%), die Senkung des Verbrauchs durch Energieeffizienz (73%), den Aufbau von Expertise zu Fragen der Energieeffizienz (68%) und eine stärkere Nutzung alternativer Wärmequellen (50%).

Die Investitionen sind dem aktuellen KfW-Kommunalpanel nach im Jahr 2021 leicht auf 38,3 Mrd. Euro gestiegen (Vorjahr: 37,5 Mrd. EUR). Mit jeweils etwa einem Viertel entfielen die meisten Mittel davon auf Schulen und Straßen. In der Investitionsplanung gehen die Kommunen trotz der finanziellen Planungsrisiken weiterhin von einem leichten Anstieg auf 40,6 Mrd. Euro für 2022 aus. Allerdings zeigen die Befragungsergebnisse für das zurückliegende Jahr erneut, dass rund ein Drittel aller geplanten Investitionen nicht realisiert werden. Ein erheblicher Teil der gestiegenen Ausgabenpläne dürfte zudem auf die stark anziehenden Baupreise zurückgehen, sodass mit den Planungen nicht unbedingt mehr reale Investitionen in die Infrastruktur einhergehen.

Infolge wachsender Bedarfe, hoher Baupreise und nur moderat steigender Investitionen steigt der von den Kommunen für 2021 gemeldete Investitionsrückstand auf 159,4 Mrd. Euro (2020: 149,2

Mrd. EUR). Die größten Anteile entfallen dabei mit 29 Prozent auf Schulen, 25 Prozent auf Straßen und 12 Prozent auf Verwaltungsgebäude. Am stärksten zugelegt hat der wahrgenommene Investitionsrückstand bei Straßen (+5,7 Mrd. EUR), Brand- und Katastrophenschutz (+3,8 Mrd. EUR) und Verwaltungsgebäuden (+3,3 Mrd. EUR). In den Bereichen Kultur, IT, Schulen oder Sport ist die Investitionslücke hingegen geschrumpft. Für die Zukunft erwarten 28 Prozent der Kommunen über alle Investitionsbereiche hinweg ein weiteres Anwachsen des Investitionsstaus, jeweils 36 Prozent erwarten entweder keine Veränderung oder können sich sogar einen Rückgang vorstellen.

Auch abseits der Krisen sind die Kommunen stark gefordert. Neben den Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge stehen die transformativen Herausforderungen des Klimaschutzes, der Demografie und der Digitalisierung, die umfangreiche Anpassungen bei der Infrastruktur und dem Leistungsangebot der Kommunen erforderlich machen.

Datengrundlage:

Das KfW-Kommunalpanel wird seit 2009 jährlich im Auftrag der KfW vom Difu erhoben. Kernpunkte der repräsentativen Befragung der Kämmereien in kreisfreien Städten, Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern sind die kommunale Finanzlage, die Investitionstätigkeit und deren Finanzierung. An der Hauptbefragung beteiligten sich 765 Kommunen von September bis Dezember 2021, an der Ergänzungsbefragung im April 2022 194 Kommunen.



Wanderungstrends in Städten und Regionen frühzeitig erkennen

Kommunen benötigen belastbare Daten – beispielsweise für die Planung von Schul- und Kindergartenplätzen. Die Anwendung „hin&weg“ von IfL und Difu stellt innerstädtische Umzüge, Stadt-Umland-Wanderungen oder Pendlerbewegungen anschaulich dar.



Oft fehlen Kommunalverwaltungen Ressourcen, um erhobene Daten zu analysieren. So lassen sich innerstädtische Umzüge, Stadt-Umland-Wanderungen oder Pendlerbewegungen bisher nicht ausreichend erfassen. Mit der neuen Anwendung hin&weg können solche dynamischen Prozesse deutlich einfacher dargestellt werden. Die Software wurde im Austausch zwischen Wissenschaft und Kommunalpraxis am Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) entwickelt. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat dabei den Transferprozess in die Kommunen unterstützt und begleitet. Das neue Analyse- und Visualisierungstool steht ab sofort der Öffentlichkeit kostenfrei zur Verfügung.

Die Anwendung soll Politik und Verwaltung dabei unterstützen, zeitnah und vorausschauend auf neue Entwicklungen des innerstädtischen und regionalen Wanderungsgeschehens zu reagieren und Standortentscheidungen beispielsweise für Kitas, Schulen oder die Verkehrsinfrastruktur zielgenauer zu treffen.

Die hin&weg-Anwendung ist ohne Vorkenntnisse intuitiv nutzbar und benötigt keine Anbindung an das Internet. So lassen sich sehr einfach aktuelle Erkenntnisse über räumliche Entwicklungsprozesse und Stadt-Umlandverflechtungen in Kommunen herausarbeiten. Die Ergebnisse können in Form von Karten, Tabellen oder Diagrammen visualisiert und für die politische Kommunikation oder den Austausch mit Bürger*innen genutzt werden.

Das Tool wurde im Rahmen eines von der Leibniz-Gemeinschaft geförderten Projekts entwickelt. Das Besondere an dem Vorhaben war, dass der gesamte Entwicklungsprozess partizipativ angelegt war und in enger Kooperation mit 18 Kommunen erfolgte. Die beteiligten Kommunen waren unter anderem: Darmstadt, Essen, Esslingen am Neckar, Halle (Saale), Heidelberg, Jena, Karlsruhe, Koblenz, Leipzig, Ludwigshafen, Magdeburg, Münster, Offenbach am Main, Potsdam, Rostock, Stuttgart, Trier und der Landkreis Gifhorn.

Zum Beteiligungsprozess des Projekts gehörten Workshops, Erprobungsphasen und die Rückkopplung mit den Beschäftigten der Statistik- und Stadtplanungsdezernate. Durch ihre Hinweise konnte die Software an die konkreten Anforderungen der Kommunen angepasst werden.

hin&weg steht als Open-Source-Software dauerhaft online und kostenfrei zum Download zur Verfügung. Durch die Verbreitung des Tools können Fachleute aus der Stadt- und Regionalplanung, aber auch engagierte Bürger*innen den Quellcode der Software für Weiterentwicklungen und Optimierungen nutzen. Es ist geplant, dazu einen Verbund der Nutzenden aufzubauen. Das IfL wird die Weiterentwicklungsarbeiten an der Software begleiten und den freien Zugang zur Anwendung gewährleisten. Um sich mit der wachsenden hin&weg-Community auszutauschen, ist im kommenden Jahr eine Konferenz geplant.



www.hin-und-weg.online
www.difu.de/17385



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Prof. Dr. Francis Harvey
Tel.: +49 341 600 55-111
f_harvey@leibniz-ifl.de

Sportstätten – Infrastrukturen einer ganzheitlichen Stadtentwicklung

Der Betrieb und die Nutzung von Sportstätten haben einen großen Einfluss auf die CO₂-Bilanz der Kommunen. Welche Aspekte müssen beim umweltfreundlichen Betrieb geachtet werden und welche Förderungen können Kommunen in Anspruch nehmen?

Sportstätten spielen für die notwendige städtebauliche Transformation und mit Blick auf die Stärkung des Klima- und Umweltschutzes in Kommunen eine besondere Rolle. Angesichts der erheblichen Investitionsrückstände der Kommunen im Bereich Sportstätten geht es hier darum, wie Sportflächen so in städtebauliche Gebiete integriert werden können, dass sie einen Beitrag zu einer grünen und sozialen Stadtentwicklung und zur Verbesserung der CO₂-Bilanz von Kommunen leisten. Dies wirft die Frage auf, wie sich durch geeignete Sanierungsmaßnahmen eine bauliche Anpassung der bestehenden Sportanlagen an aktuell geltende Energiestandards vornehmen lassen. Vor diesem Hintergrund hat die vom Difu getragene Bundestransferstelle „Investitionspakt Sportstätten“ im März 2022 eine Transferwerkstatt mit rund 300 Teilnehmenden aus Kommunen, Wissenschaft, Verbänden und Politik durchgeführt.

Sportstätten erfüllen – neben ihrer Funktion als Orte der sportlichen Betätigung und der sozialen Integration – weitere wichtige Funktionen in Kommunen. Dazu zählen die Durchführung von Wahlen, die Unterbringung von Flüchtlingen, die Notunterbringung im Falle von Naturkatastrophen, die Bereitstellung von Impfzentren oder die Möglichkeit zur Durchführung örtlicher Feierlichkeiten. Mit diesen vielfältigen Funktionen kommt den rund 230.000 Sportstätten in Deutschland eine wichtige Integrationsaufgabe vor Ort zu. Um jedoch auch hier umweltfreundlich zu handeln, sind zeitnah verschiedene Weichenstellungen erforderlich. Dazu zählt eine Neuausrichtung in den Bereichen Beratung, Förderung und Finanzierung entsprechender Sanierungsmaßnahmen, bei der alle relevanten Stakeholdergruppen aus Politik, Verbänden, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft eingebunden werden. Zudem sollten Hemmnisse für die Gewinnung regenerativen Stroms im Umfeld von Sportanlagen reduziert werden. Wünschenswert wäre die Entwicklung eines Masterplans („Dekarbonisierungsplan Sportstätten Deutschland“) und eine radikale Neuausrichtung der Neubau- und Sanierungspraxis – basierend auf einem sofortigen und vollständigen Einsatz von regenerativem Strom.

Ein oft vernachlässigter Aspekt der Sportstätten-sanierung ist der Blick auf die Nutzenden. Die

Sportausübung macht etwa acht Prozent des durchschnittlichen CO₂-Fußabdrucks einer Person in Deutschland aus. Davon entfallen 42 Prozent auf Training, 40 auf Sporturlaube und 15 auf den Wettkampfbetrieb. Einen besonders großen Fußabdruck haben Individual- und Natursportarten – unter anderem auf Grund der Anfahrtswege. Daher ist gerade hier eine Verhaltensänderung notwendig. Zwischen den unterschiedlichen Interessen einzelner Individuen sowie den Vereinen und Verbänden einerseits und den Interessen von Nichtnutzer*innen können Nutzungskonflikte entstehen, die durch eine adäquate Stadt- und Sportentwicklungsplanung immer wieder neu von den Kommunen austariert werden müssen. Der dafür erforderliche Aufbau von Fachwissen und der Einsatz geeigneter Planungsinstrumente vor Ort beginnt gerade. Fragen, die hierbei zu beantworten sind: Wie lässt sich die CO₂-Bilanz von Sportstätten konkret erfassen und verbessern? Was macht nachhaltigen Sportstättenbau aus (z.B. Recycling von Baumaterialien, Einsatz nachhaltiger Materialien, Verbesserung der Ressourceneffizienz durch Flächensparen und Baumaterialien)? Welche Möglichkeiten zur Herstellung der Klimaneutralität (z.B. Null-Energie-/Plus-Energie-Gebäude, Nutzung regenerativer Energien etc.) bestehen? Oft fehlt es zudem an einer Übersicht, welche Fördermöglichkeiten schon heute bestehen, um die Klimabilanz von Sportstätten zu optimieren. Die Webseite des Investitionspakts Sportstätten enthält eine Vielzahl an Hinweisen, Good-Practice-Erfahrungen und Fördermöglichkeiten für Kommunen.



Foto: XY, Adobe Stock



www.bit.ly/3zE6AER



Hanna Gieseler, M.A.
+49 30 39001-161
gieseler@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Umsetzung der Agenda 2030 in der Landeshauptstadt München

Eine vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) erarbeitete Nachhaltigkeitsanalyse unterstützt den Aufbau des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements in der Stadt München.

Die Agenda 2030 und ihre globalen Nachhaltigkeitsziele – Sustainable Development Goals (SDGs) – sind für viele Kommunen Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Und dies entweder als Nachfolgerin der frühen Lokalen Agenda 21 oder als neues Zielsystem, das Eingang in den Verwaltungsalltag findet. Mit dem SDG 11 und weiteren Zielvorgaben, die explizit Städte und Gemeinden adressieren, wird der Bedeutung der kommunalen Ebene für den Erfolg der 17 Sustainable Development Goals Rechnung getragen.



Die Landeshauptstadt München hat sich bereits sehr früh zur Lokalen Agenda 21 und zu den SDGs bekannt und kann mit ihrem breiten Engagement auf vielfältige Erfahrungswerte zurückgreifen. In ambitionierten Zielen zur Klimaneutralität und zur Zero-Waste-City werden diese vielfältigen, jedoch noch wenig kohärenten Nachhaltigkeitsaktivitäten sichtbar. Das anhaltend hohe Aktivitätsniveau weckt daher Erwartungen an eine systematische Umsetzung der Agenda 2030 im Rahmen eines kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements mit einer dezidierten Strategie als Grundlage. Diese Bestrebungen treffen auf eine wirtschaftlich gute Ausgangslage sowie auf eine engagierte Verwaltung und Zivilgesellschaft. Aber sie treffen auch auf dynamische Rahmenbedingungen mit fortlaufenden Krisen sowie komplexe Strukturen in einer der größten Stadtverwaltungen Deutschlands.

Den Ausgangspunkt für ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement markiert in der Regel eine Bestandsaufnahme bereits bestehender Beschlüsse, Projekte und Ausgangsbedingungen, die das Difu im Auftrag der Servicestelle

Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global mit Mitteln des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchgeführt hat. Dazu wurde eine systematische Analyse von Dokumenten und Indikatoren in zehn thematischen Schwerpunkten entlang der SDGs vorgenommen, deren Ergebnisse in einem umfangreichen Methodik-Mix zusammengeführt wurden. Gleichzeitig wurden mehrere Workshops und Gesprächstermine mit der Verwaltung, der Politik und der Zivilgesellschaft veranstaltet, um möglichst viele Perspektiven einzuholen und das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung weiter zu schärfen.

Im Rahmen der Nachhaltigkeitsanalyse konnte kein Themenschwerpunkt der nachhaltigen Entwicklung identifiziert werden, der in der Landeshauptstadt vernachlässigt wird. Die Stärken Münchens liegen vor allem in der Wirtschaftsleistung, den vielfältigen Maßnahmen im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie im Bereich der Schaffung einer nachhaltigen Verwaltung. Leistungen, Wirkungen und Vergleiche deuten hier jeweils auf einen sehr guten Status quo mit vereinzelten Schwachpunkten hin, den es insgesamt zu halten und resilient auszugestalten gilt. Andauernde Zielkonflikte im Bereich Umwelt und Wohnen relativieren dagegen die Gesamtbilanz der nachhaltigen Entwicklung Münchens. In beiden Themenschwerpunkten wird der Entwicklung jedoch mit den zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengewirkt.

Letzteres gilt noch nicht im gleichen Maße für das verwaltungsinterne Nachhaltigkeitsmanagement, das für den Erfolg der SDGs in der Stadt eine entscheidende Rolle spielt. Aktivitäten und Maßnahmen sind bislang noch zu wenig integriert, in Managementzyklen organisiert und mit einem konkreten, von Verwaltungsspitze mitgetragenen, Zielsystem verknüpft. Zusammen mit der expliziten Berücksichtigung von Zielinteraktionen und der Möglichkeit, weitere Elemente des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements zu nutzen, wurden so wichtige Handlungsfelder identifiziert und entsprechende Empfehlungen gegeben, um Münchens eingeschlagenen Pfad zur nachhaltigen Entwicklung zu konkretisieren.



www.bit.ly/3xCWEtO



Oliver Peters, M.Sc.
+49 30 39001-204
opeters@difu.de

Hanna Gieseler, M.A.
+49 30 39001-161
gieseler@difu.de



Auszubildende im kommunalen Klimaschutz qualifizieren

Die neue Online-Publikation „How to KlimaQuali – Schritt für Schritt zum kommunalen Klimascout“ des Difu zeigt, wie Auszubildende in Städten, Gemeinden und Landkreisen zu wichtigen Akteur*innen für den Klimaschutz qualifiziert werden.



„KlimaQuali“, so heißt das zentrale Schulungsformat des erfolgreichen Difu-Projekts „Kommunale Klimascouts – Azubis für mehr Klimaschutz“. Ziel ist es, Auszubildende in Kommunen oder kommunalen Eigenbetrieben für das Thema Klimaschutz zu sensibilisieren und zur Umsetzung eigener Maßnahmen zu befähigen. Gerade die jungen Auszubildenden der Kommunen sind prädestiniert dafür, mit Wissen, frischen Ideen und Elan die wichtigen Initiativen für eine nachhaltige Zukunft voranzutreiben.

In einer neuen Veröffentlichung wird die KlimaQuali detailliert vorgestellt und erläutert. Alle notwendigen Unterlagen, Lehrinhalte und Tools zur Durchführung einzelner Schulungsmodulare zum „Kommunalen Klimascout“ stehen online zur Verfügung. Mit Abschluss aller Module haben die „Klimascouts“ das notwendige Fachwissen und praktische Methodenkenntnisse erworben, um ein eigenes Klimaschutzprojekt in der jeweiligen Kommune zu initiieren und umzusetzen.

Das Difu führt das Projekt mit Förderung der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz durch. Um eine bundesweite Reichweite zu erreichen, kooperiert es mit Klimaschutz- und Energieagenturen, die angeleitet werden, die Qualifizierung der Azubis künftig eigenständig durchzuführen. Hinter jeder Agentur stehen jeweils zehn bis 15 Kommunen, aus denen jeweils ein Azubi-Team

zu kommunalen Klimascouts qualifiziert wird. Mit aktuell 13 teilnehmenden Klimaschutz- und Energieagenturen aus dem gesamten Bundesgebiet ist das Projekt derzeit ausgebucht. Aber mit Hilfe der Publikation und dem damit bereitgestellten Schulungsmaterial könnten weitere Akteure*innen eigenständig Schulungen durchführen, um kommunale Azubis fit für Klimaschutzinitiativen zu machen.

Die Verstetigung der Ausbildung ist ein zentrales Vorhabenziel. So sollen in Zukunft alle interessierten Institutionen – neben Klimaschutz- und Energieagenturen zum Beispiel auch (Weiter-) Bildungsträger wie Landschaftsverbände, Bildungszentren etc. – selbstständig Auszubildende in Städten, Gemeinden und Landkreisen zu „Kommunalen Klimascouts“ qualifizieren können. Die kostenfreie Online-Broschüre stellt hierbei einen wichtigen Baustein dar.

Im Rahmen eines Wettbewerbs werden unter den aktuell teilnehmenden Azubis die besten Klimascouts-Projekte, die von ihnen nach der KlimaQuali initiiert wurden, ausgezeichnet. Eine Jury – bestehend aus Vertreter*innen des Bundesklimaschutzministeriums, der Initiative BildungsCent e.V., des Arbeitskreises „Kommunaler Klimaschutz“ sowie des Deutschen Industrie- und Handelskammertages – wählt Gewinner-Projekte aus, die auf der Kommunalen Klimakonferenz am 21./22. November 2022 in Berlin ausgezeichnet werden.



www.difu.de/17250
www.bit.ly/3agvFuV



Ulrike Vorwerk, M.A.
+49 221 340308-17
vorwerk@difu.de

Paul Ratz, MSc.
+49 221 340308-17
ratz@difu.de

Praxiserfahrungen von Kommunen im Umgang mit dem Klimaschutz

In der Interviewserie „Mal nachgefragt!“ berichten die Städte Dortmund, Offenbach und Stralsund, der Landkreis Oldenburg sowie die Ortsgemeinde Schnorbach über ihre Sichtenweisen und ihr individuelles Herangehen im kommunalen Alltag in Sachen Klimaschutz.

Seit 2019 hat das Thema Klimaschutz weltweit deutlich an Bedeutung gewonnen. Nicht zuletzt die vielen aufmerksamkeitsstarken Aktionen und Forderungen der „Fridays for Future“ haben dazu beigetragen, dass die Sorge um das Klima im Bewusstsein zahlreicher weiterer Menschen angekommen ist. Der Klimaschutzpolitik in Deutschland hat dieser Rückenwind ebenfalls gutgetan, was beispielsweise die Novellierung des Klimaschutzgesetzes 2021 gezeigt hat. Die Verankerung des Klimaschutzes in den Zielen und im Handeln der neuen Bundesregierung sowie die Debatte über das Erreichen der Klimaneutralität auf kommunaler Ebene sind ebenfalls von diesem Geist geprägt. Erfreulicherweise ist Klimaschutz – auch laut OB-Barometer 2022 – trotz der Coronapandemie weiterhin ganz oben auf der Agenda.



Foto: 2020 Tamara Bishuterstock

Aber was passiert in den Kommunen vor Ort? Das Difu befragte fünf Kommunen mit ganz unterschiedlichem Background, ob und wie sich diese aktuellen Entwicklungen in der Arbeit vor Ort widerspiegeln. Konkret ging es um die Fragen: Wie ist Klimaschutz in der Kommune verankert, und wo zeigt er Wirkung? Wo zeigen sich Auswirkungen der aktuellen Klimapolitik auf den Arbeitsalltag? Haben die Bereiche Personal und Finanzen ihre Haltung zum Klimaschutz verändert? Sind „Fridays for Future“ und „Klimanotstand“ in der Kommune angekommen? Entstanden sind fünf spannende Interviews, die einen lebensnahen Einblick in die Vielfalt der aktuellen Aufgaben und Herausforderungen bieten. Gleichzeitig zeigt sich jedoch auch, was die Kommunen bereits geleistet haben.

Eine Herausforderung, der sich alle Kommunen stellen müssen: das Erreichen von Klimaneutralität. Auf die Frage, welche Chancen und Möglichkeiten hier genutzt werden sollten, gaben die Befragten viele konkrete Hinweise. So gelte es, sich klarzumachen, dass man als Kommune in verschiedenen Bereichen aktiv werden kann. Beispielsweise indem der eigene Gebäudebestand oder die Fahrzeugflotte der Verwaltung klimagerecht verändert werden. Dabei sollte die Kommune Vorbild sein und mit „kleinen“ Maßnahmen anfangen: z.B. Photovoltaik(PV)-Anlagen auf den Dächern der eigenen Liegenschaften installieren oder die Beleuchtung auf LED-Technik umstellen. Genutzt werden sollte auch die Möglichkeit, durch städtebauliche Verträge bei der Errichtung von Gewerbe und beim Neubau, aktiv klimaschutzgerechte Vorgaben zu erwirken. Alternativen der Einflussnahme bieten sich bei der Verpachtung stadteigener Flächen an, und eine große Wirkung zur Einsparung von Treibhausgasen ermöglicht eine kommunale Verkehrswende. Wichtig sei es, die Bürger*innen einzubeziehen. Dies könne z.B. über Aktivitäten wie LED-Tauschtage, Carsharing-Aktionen mit E-Autos oder Informationsveranstaltungen rund um den Klimaschutz geleistet werden. Um das Ziel Klimaneutralität zu erreichen, sollten Klimaschutz und -anpassung grundsätzlich zusammen betrachtet werden. Sinnvoll sei es, mit einer Bestandsaufnahme zu starten, um zu klären, was die Kommune bereits leistet. Dann gelte es, konkrete Optionen für Klimaschutzmaßnahmen zu identifizieren und diese möglichst in ohnehin laufende und geplante Aktivitäten zu integrieren. Gibt es keinerlei Möglichkeiten zur Reduktion von CO₂-Emissionen, müsse gegebenenfalls auch über Optionen der Kompensation nachgedacht werden. Last, but not least sollten neben der anhaltenden Aufbruchsstimmung die aktuellen Förderangebote des Bundes, insbesondere im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI), genutzt werden.

Die fünf befragten Kommunen sind Mitglieder im Arbeitskreis Kommunaler Klimaschutz, der sich überwiegend aus Preisträgerkommunen des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune“ zusammensetzt und im Rahmen des NKI-Projekts „Klimaaktive Kommunen – Ideenpool und Wegweiser“ vom Difu betreut wird.



www.difu.de/17265
www.bit.ly/39Hrwjr



Anna Hogrewe-Fuchs
+49 221 340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Umweltfreundlich mobil und günstiger wohnen mit Mietertickets

Der Einsatz intelligenter Mobilitätskonzepte in neuen Wohnquartieren spart Baukosten, sichert Mobilität, vermeidet Emissionen und fördert bezahlbares Wohnen. Difu-Studie für das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr gibt Empfehlungen.

Wohnen und Mobilität sollten möglichst immer im Zusammenhang geplant werden, denn vier von fünf Wegen beginnen oder enden an der Wohnung. Die Verkehrsmittelwahl hängt daher stark vom Wohnumfeld und den dort vorhandenen Mobilitätsangeboten ab. Wohnviertel, die gut zu Fuß, mit dem Fahrrad und dem ÖPNV erreichbar sind und sogar Sharingangebote für die Mobilität bieten, benötigen zudem weniger Pkw-Stellplätze. Das spart Baukosten, schafft Platz für Spielplätze und mehr Grün – und hilft, die Mieten bezahlbar zu gestalten. Die Wahl der Verkehrsmittel hat zudem Auswirkungen auf die Treibhausgas-Emissionen und den Flächenverbrauch in den Innenstädten.



Foto: Jürgen Gies, Difu

Einen besonderen Fokus widmete das Difu der praktischen Frage, für wen und unter welchen Voraussetzungen sich Mobilitätskonzepte überhaupt „rechnen“. Diese Frage stellt sich Investoren und Wohnungsunternehmen insbesondere dann, wenn Kommunen in ihren Stellplatzsätzen die Option eröffnen, den Bau von Stellplätzen durch die Vorlage eines Mobilitätskonzepts mit beispielsweise Mietertickets sowie Car- und Lastenradsharing zu ersetzen. Damit Mobilitätskonzepte in der Praxis funktionieren, sind eine Reihe struktureller Rahmenbedingungen wichtig: Eine gute ÖPNV-Anbindung, ein gut ausgebautes Rad- und Fußwegenetz sowie eine tragfähige Dichte für eine fußläufig erreichbare Nahversorgung.

Die Kosten für die Miete des Stellplatzes und die Miete der Wohnung sind zu entkoppeln. So wird ein finanzieller Anreiz zum Verzicht auf einen nur selten genutzten (Zweit)Pkw gesetzt. Eine Trennung der Kosten ist auch unter sozialen Aspekten gerecht: Wer kein Auto besitzt, muss keinen Stellplatz finanzieren. Pkw-Stellplätze sind – wenn möglich – räumlich vom Wohngebäude zu trennen, um gegenüber dem ÖPNV keinen „Komfortvorteil“ zu schaffen. Oberirdische Sammelgaragen lassen sich – auch über einen längeren Zeitraum gesehen – flexibler an veränderte Stellplatzbedarfe anpassen als Tiefgaragen. Fahrradstellplätze dagegen sollten in ausreichender Anzahl, wohnungsnah, witterungsgeschützt und möglichst ebenerdig zugänglich sein, um den Antrittswiderstand gering zu halten. Zusätzlich sollte Platz für Lastenräder und Fahrradanhänger vorgesehen werden. Ohne eine Parkraumbewirtschaftung öffentlicher Stellplätze (Kurzzeitparken) im Wohnquartier sowie in den benachbarten Wohnvierteln besteht die Gefahr, dass der ruhende Verkehr in den öffentlichen Straßenraum oder benachbarte Wohnviertel „flieht“.

Eine neue Veröffentlichung, die vom Difu im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr erarbeitet wurde, beschreibt, was Kommunen, Wohnungsunternehmen und Mobilitätsdienstleister gemeinsam tun können, um Verkehrsbelastungen zu reduzieren, Flächen und Emissionen zu sparen und gleichzeitig eine gute Wohnqualität zu schaffen. Das Difu hat dazu die rechtlichen und planerischen Rahmenbedingungen für die Einführung von Mietertickets und die Umsetzung von Mobilitätsangeboten fundiert analysiert, Betreiberkonzepte recherchiert und eine Vielzahl von Praxisbeispielen vorgestellt.

Bisher gilt, wer Wohnungen baut, muss eine festgelegte Anzahl an Stellplätzen für Pkw bereitstellen. Das Bauordnungsrecht bietet aber Handlungsspielraum für Mobilitätskonzepte.

Ergänzend zur neuen Publikation hat das Difu ein Berechnungs-Tool auf der Basis des Standardprogramms MS-Excel entwickelt. Es ermöglicht eine unkomplizierte Abschätzung, welche Kosten beispielsweise durch eine reduzierte Zahl von Tiefgaragenstellplätzen gespart werden können und welche Aufwendungen beim Angebot alternativer Mobilitätslösungen kalkuliert werden müssen.



www.difu.de/17357



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Dr. phil. Jürgen Gies
+49 30 39001-240
gies@difu.de

Kommunales Integrationsmonitoring liefert wichtige Daten für Kommunen

Kommunen benötigen Wissen über den Stand der Integration, um erfolgreich bei der Maßnahmenplanung zu sein. Kommunales Integrationsmonitoring ist ein wichtiges Instrument, das bei der Integrationsarbeit hilfreiche Dienste leistet.



Foto: Melinda Nagy Adobe Stock

Integration findet vor Ort statt. Sie wird in den Städten, Gemeinden und Landkreisen gestaltet. Bei der Integrationsarbeit richten die Kommunen ihr Handeln strategisch-konzeptionell sowie projekt- und maßnahmenbezogen aus. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist das Wissen über den Stand der Integration in der eigenen Kommune. Ein wichtiges Instrument hierbei ist ein kommunales Integrationsmonitoring, denn es macht den Status quo und Veränderungen in integrationsrelevanten Handlungsfeldern nachvollziehbar.

Im Nationalen Aktionsplan Integration der 19. Legislaturperiode ist die Weiterentwicklung des kommunalen Integrationsmonitorings als Kernvorhaben benannt. Damit unterstreicht der Bund die hohe Bedeutung einer Überprüfung kommunaler Integrationspolitik durch Monitoringsysteme und Indikatoren. Das Difu wurde mit dieser Aufgabe betraut. Es untersuchte u.a., welchen Unterstützungsbedarf Kommunen haben, welche Leistungen sie erbringen und wie diese für ein breites Spektrum der Kommunen nutzbar gemacht werden können. Die hier nur knapp dargestellten Projekterkenntnisse und Schlussfolgerungen wurden im Rahmen einer Fachtagung umfangreich vorgestellt und sie werden in einem in Kürze erscheinenden Bericht ausführlicher präsentiert:

- Ein Kommunales Integrationsmonitoring ist ein wichtiger Baustein und eine zentrale Voraussetzung für eine evidenzbasierte Gestaltung von Einwanderung. Im Vordergrund stehen das Beobachten, Messen und Darstellen von Fakten und Entwicklungen. Ein Monitoring

sensibilisiert für Sachverhalte, weckt Aufmerksamkeit auch im kommunalpolitischen Raum und sorgt über die informative Nachvollziehbarkeit für Transparenz der Entwicklungen. Integrationsmonitoring unterstützt als Steuerungsinstrument die Ausrichtung kommunalen Handelns.

- Indikatorengestütztes Integrationsmonitoring muss als Baustein in ein „System“ eingebettet werden – es wirkt vor allem im Zusammenspiel mit Integrationsberichterstattung und qualitativen Erhebungen. Ein Integrationsmonitoring ist ein lernendes System. Indikatoren müssen regelmäßig auf ihren Nutzen und ihre Praxistauglichkeit überprüft und angepasst werden.
- Kommunen sind vielfältig und unterschiedlich – in ihren Möglichkeiten, Ressourcen, Kompetenzen und Erfahrungen. Insbesondere Landkreise und kreisangehörige Städte und Gemeinden benötigen besondere Hilfestellungen mit Blick auf den Zugang zu Daten und die Umsetzung eines Integrationsmonitorings.
- Kommunen erbringen umfassende Integrationsleistungen, können diese aber nicht alleine stemmen und sind auf Zusammenarbeit und Unterstützung durch den Bund und die Länder angewiesen. Dies gilt auch im Bereich Integrationsmonitoring.
- Last, but not least: Kommunen müssen nahezu täglich kurzfristige Maßnahmen ergreifen, wenn dringender Handlungsbedarf besteht, also zu einem Zeitpunkt, bevor sich Entwicklungen messen lassen und dokumentiert sind. Diese Wege jenseits eines Integrationsmonitorings sind wertzuschätzen und anzuerkennen.



www.difu.de/16402



Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

Dr. Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Klimaneutralität

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt.

Klimaneutralität ist notwendig, um die globale Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius, idealerweise auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dieses Ziel hat sich die Weltgemeinschaft bereits 2015 im Zuge der UN-Klimakonferenz in Paris gesetzt. Das Bundes-Klimaschutzgesetz verfolgt das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045. Das bedeutet, es muss ein Gleichgewicht zwischen Treibhausgas-Emissionen und deren Abbau herrschen. Nach dem Jahr 2050 strebt Deutschland negative Emissionen an. Dann sollen mehr Treibhausgase in natürlichen Senken wie Wäldern und Mooren gebunden werden als insgesamt durch Industrie, Landwirtschaft oder Energieversorgung ausgestoßen wird.

„Werden klimaschädliche Treibhausgase komplett vermieden oder bereits ausgestoßene Gase an anderer Stelle wieder gebunden, spricht man von „klimaneutral“.“

Im Unterschied zur Treibhausgasneutralität umfasst der Begriff Klimaneutralität – streng genommen – weitere physikalische Effekte, die den Klimawandel beschleunigen, etwa den „Albedo-Effekt“. Hierbei wird durch die Schmelze der Gletscher weniger Sonnenenergie zurück ins Weltall reflektiert und damit die Erderwärmung angeheizt.

Das Umweltbundesamt empfiehlt Kommunen ihre klimawirksamen Maßnahmen am Ziel der Treibhausneutralität auszurichten – auch um einheitliche Standards in der Berechnung der kommunalen Klimabilanzen zu ermöglichen.

Um die Ziele bis 2045 zu erreichen, müssen alle vermeidbaren Treibhausgasemissionen durch Effizienzmaßnahmen und einen umfassenden Umstieg auf erneuerbare Energien vermieden werden sowie natürliche Senken geschützt und ausgebaut werden.



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Radverkehr und Verkehrswende

Eine Geschichte von Gegenwind und Rückenwind

Tilman Bracher

2021, Bd. 19, vierfarbig, zahlreiche Fotos, 168 S., 34 €

ISBN 978-3-88118-680-3, **eBOOK** 29,99 €

➔ www.difu.de/16867

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen
Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, 39 €

ISBN 978-3-88118-643-8, **eBOOK** 33,99 €

➔ www.difu.de/12984

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.)

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €

ISBN 978-3-88118-584-4

➔ www.difu.de/11299

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €

ISBN 978-3-88118-579-0

➔ www.difu.de/11026

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele –

Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S.,

zahlreiche Abbildungen, 39 €

ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

➔ www.difu.de/9850

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

➔ www.difu.de/9002

Difu-Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen

3., grundlegend überarbeitete Auflage unter Berücksichtigung des Baulandmobilisierungsgesetzes

Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung
M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmann

2022, 224 S., 39 Euro

ISBN 978-3-88118-682-7, **eBOOK** 33,99 Euro

➔ www.difu.de/17149

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage, A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

➔ www.difu.de/9055

Difu-Impulse

Vielfalt und Sicherheit im Quartier

Konflikte, Vertrauen und sozialer Zusammenhalt in europäischen Städten

G. Bartl, N. Creemers, H. Floeting (Hrsg.)

Bd. 3/2020, 182 S., 20€

ISBN 978-3-88118-667-4, **eBOOK** 16,99 €

Verkehrswende nicht ohne attraktiven ÖPNV

Wie lassen sich große ÖPNV-Projekte erfolgreich umsetzen?

Jürgen Gies (Hrsg.), Bd. 2/2020, 104 S., 18 €

ISBN 978-3-88118-648-3, **eBOOK** 15,99 €

Checkpoint Teilhabe

Kinder- und Jugendhilfe + BTHG –

Neue ganzheitliche Lösungen entwickeln!

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“

Bd. 1/2020, 160 S., 20 Euro

ISBN 978-3-88118-653-7, **eBOOK** 16,99 €

Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?

Die lebenswerte Stadt: Handlungsfelder und Chancen

Tilman Bracher u.a., Bd. 2/2019, 68 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-642-1, **eBOOK** 12,99 €

Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau

Evaluation „PlanungsdialoG Borgholzhausen“

Stephanie Bock, Jan Abt, Bettina Reimann

Bd. 1/2019, 98 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-640-7, **eBOOK** 12,99 €

Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten

Fachtagungsdokumentation

M. Hertel, T. Bracher, T. Stein (Hrsg.)

Bd. 8/2018, 90 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-625-4, **eBOOK** 12,99 €

Neue Konzepte für Wirtschaftsflächen

Herausforderungen und Trends am Beispiel des Stadtentwicklungsplanes Wirtschaft in Berlin

S. Wagner-Endres u.a.

Bd. 4/2018, 84 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-614-8, **eBOOK** 12,99 €

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten

Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern und Mikro-Hubs, W. Arndt und T. Klein (Hrsg.)

Bd. 3/2018, 96 S., **eBOOK** 12,99 €

★ Difu-Papers

Klimaschutz, erneuerbare Energien und Klimaanpassung in Kommunen

Maßnahmen, Erfolge, Hemmnisse und Entwicklungen – Ergebnisse der Umfrage 2020

J. Hagelstange, C. Rösler und K. Runge

2021, 24 S., nur online

➔ www.difu.de/16344

Altersarmut in Städten

Kommunale Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten. Beate Hollbach-Grömig u.a.

2020, 56 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/15789

Kommunale Wirtschaftsförderung 2019

Strukturen, Aufgaben, Perspektiven: Ergebnisse der Difu-Umfrage

S. Wagner-Endres, 2020, 42 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/15617

Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme

Jens Libbe und Roman Soike

2017, 28 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/11741

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwender: www.difu.de/12544

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

★ Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwender auch digital.

Veröffentlichungen

Berichte 2/2022

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)

Mobilitätskonzepte in neuen Wohnquartieren **NEU**

Mobilität sichern, Flächen und Emissionen sparen, Wohnqualität schaffen

Uta Bauer u.a., Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (Hrsg.)

2022, 36 S., nur online

➔ www.difu.de/17379

Von Beteiligung zur Koproduktion **NEU**

Wege der Zusammenarbeit von Kommune und Bürgerschaft für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung

Jan Abt u.a. (Hrsg.)

2022, 498 S., nur online

➔ www.difu.de/17367

Wirkungsanalysen von Smart-City-Projekten **NEU**

Wege der Zusammenarbeit von Kommune und Bürgerschaft für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung

Katharina Lange, Jens Libbe, BBSR (Hrsg.)

2022, 37 S., nur online

➔ www.difu.de/17362

KfW-Kommunalpanel 2022 **NEU**

C. Raffer, H. Scheller, KfW Bankengruppe (Hrsg.)

2022, 28 S., nur online

➔ www.difu.de/17350

Dialogforum Umweltgerechtigkeit – Gemeinsame Perspektiven für Bund, Länder und Kommunen **NEU**

Online-Veranstaltung vom 14. Februar 2022.
Dokumentation

Christa Böhme u.a., BMUV (Hrsg.)

2022, 83 S., nur online

➔ www.difu.de/17352

Umweltgerechtigkeit stärker verankern **NEU**

Handlungsempfehlungen für Bund und Länder

Christa Böhme u.a., UBA (Hrsg.)

2022, 42 S., nur online

➔ www.difu.de/17346

OB-Barometer 2022 **NEU**

Difu-Umfrage: Klimaschutz ist das überragende
Thema in den Kommunen

Carsten Kühl, Beate Hollbach-Grömig, Difu
(Hrsg.)

2022, 4 S., nur online

➔ www.difu.de/17344

Kommunen spüren steigende Energiepreise und reagieren vielfältig darauf **NEU**

Ergänzungsumfrage zum KfW-Kommunalpanel
2022

Christian Raffer u.a.

2022, 4 S., nur online

➔ www.difu.de/17324

Reallabore für eine klimaresiliente Quartiersentwicklung – ein Drehbuch **NEU**

Erfahrungen aus dem Forschungsprojekt
iResilience

Anne Roth u.a.

2022, 92 S., nur online

➔ www.difu.de/17300

Jahresrückblick 2021 **NEU**

Difu (Hrsg.)

2022, 28 S., nur online

➔ www.difu.de/17245

How to KlimaQuali **NEU**

Schritt für Schritt zum Kommunalen Klimascout

Marco Peters u.a., BMWK (Auftraggeber)

2022, 14 S., nur online

➔ www.difu.de/17250

Landeshauptstadt Kiel als Gründungsstandort: Bestandsaufnahme, Standortanalyse und Konzept zur strategischen Weiterentwicklung

Abschlussbericht

Sandra Wagner-Endres u.a.

2022, 73 S., nur online

➔ www.difu.de/17213

Wechselwirkungen zwischen Wohnstandortwahl und Alltagsmobilität

Wissenschaftliche Grundlagen und kommunale
Praxis

Uta Bauer u.a.

2022, 57 S., nur online

➔ www.difu.de/17193

Kurzgutachten Kommunale Wärmeplanung

Robert Riechel und Jan Walter, UBA (Hrsg.)

2022, 69 S., nur online

➔ www.difu.de/17181

Direkte und indirekte Umwelteffekte von intelligenten, vernetzten urbanen Infrastrukturen

Abschlussbericht

Jens Libbe u.a., UBA (Hrsg.)

2022, 204 S., nur online

➔ www.difu.de/17180

Hitze, Trockenheit und Starkregen Klimaresilienz in der Stadt der Zukunft

R. Riechel und K. Wiemer, DStGB und Difu (Hrsg.)

2022, 52 S., nur online

➔ www.difu.de/17129

Monitor Nachhaltige Kommune – Bericht 2021

Visionen zur Stadt der Zukunft. Kommunen in
der sozial-ökologischen Transformation

Jasmin Jossin

2021, 52 S., nur online

➔ www.difu.de/17077

Stadtplanung und Stadtentwicklung als Hebel für den Ressourcen- und Klimaschutz

Kommunale Instrumente, Fallbeispiele und
Potenziale zur Reduktion der Ressourceninanspruchnahme

Maic Verbücheln u.a., UBA (Hrsg.)

2021, 68 S., nur online

➔ www.difu.de/17038

Innovationsfähigkeit der Wirtschaftsförderung: Akteure - Instrumente - Handlungsansätze. Gemeinschaftsstudie

Von Sandra Wagner-Endres, Henrik Scheller,
Oliver Peters, Hanna Gieseler

2021, 93 S., nur online

➔ www.difu.de/16879

Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes durch Neubau und Ankauf als wohnungspolitische Strategie

Ricarda Pätzold, Thomas Franke u.a., BBSR
(Hrsg.), 2021, 129 S., nur online

➔ www.difu.de/16801

Aktive Bodenpolitik – Fundament der Stadtentwicklung

Bodenpolitische Strategien und Instrumente im
Lichte der kommunalen Praxis

L. Adrian, A. Bunzel, D. Michalski, R. Pätzold

2021, 115 S., online und kostenlose Printversion

➔ www.difu.de/16296

Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden. 3. Aufl., 2018, 454 S., nur online

➔ www.difu.de/11742

Zeitschrift

Urbanität und Religion

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 1/2022, ca. 170 S. (erscheint Juli
2022)

Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

Urbane Temporalitäten

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 2/2021, 176 S.

Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

Dokumentationen

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen 2021

Rita Gräber (Bearb.), 2021, 176 S.,

Einzelband 27 €

➔ www.difu.de/17136

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung 2021

C. Bruchmann, 2021, 232 S.,

Einzelband 36,40 €

➔ www.difu.de/17137



Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Städte, Verbände und Planungsgemeinschaften

Zentrale Kooperationspartner des Difu sind seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Mit ihnen kooperiert das Institut besonders eng und wird von ihnen durch jährliche Zuwendungen unterstützt. Diese enge Kooperation sorgt auch dafür, dass sich die Difu-Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte, aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung, moderiert den kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet umfangreiche Serviceleistungen an:

Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Zuwanderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

Ob vor Ort, online oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwanderschaft besonders: Für Zuwander gelten stark reduzierte Seminarbeiträge. Das Institut hat sein Online-Fortbildungsangebot seit der Pandemie deutlich ausgeweitet. Exklusiv für Zuwander bietet das Difu Online-Impulsvorträge an.

➔ www.difu.de/12805

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und

Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwander.

➔ www.difu.de/15166

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu z. B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Auch Kostenbeteiligungen an Studien sind für Zuwander meist günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle“ Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Zuwander können sich über exklusive Neuerscheinungen auch per RSS-Feed informieren lassen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwanderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).

➔ www.difu.de/extranet

➔ www.difu.de/6334

Alle Neuerscheinungen kostenfrei im Regelversand

Zuwander erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander Publikationen auch als PDF oder eBook an, grundsätzlich kostenfrei. PDFs können direkt im Extranet heruntergeladen werden, eBooks kostenfrei über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/12544

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Kostenfreier Zugang in die Difu-Datenbank ORLIS

Die Online-Recherchen in der Difu-Literaturdatenbank ORLIS ist für Zuwander kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunal relevante Literatur – teilweise im Volltext.

➔ www.difu.de/12876

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/12914



Sybille Wenke-Thiem

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwanderschaft
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann

Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekemann@difu.de

Susanne Plagemann, M.A.

Difu-Inter- & -Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Ulrike Wolf

Difu-Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von Deutsches Institut für Urbanistik Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin www.difu.de

Redaktion Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) unter Mitarbeit von Vera Gutofski, Dr. Sinje Hörlin, Fiona Lingenhölle, Luisa Sophie Müller, Janna Riffeler

Gestaltungskonzept 3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout Vera Gutofski

Fotos Fotos ohne Angabe: www.pixabay.com bzw. www.unsplash.com. Herzlichen Dank an alle Fotografierenden sowie an die Plattformen für die kostenfreie Bereitstellung!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler Difu-Pressestelle Tel. +49 30 39001-208, Fax -130 presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise Jahrgang 48/vierteljährlich ISSN 1439-6343 Stand: 13.6.2022

Druck oeding print GmbH, Braunschweig. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier. Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft. 100 Prozent PEFC.

Nutzung der Beiträge: Frei, bei Nennung der Quelle (z.B.: aus Difu-Magazin Berichte, Ausgabe 2/2022). Belegexemplar/-Link/-PDF an die Difu-Pressestelle erbeten.

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung, -Fortbildung, -Veröffentlichungen und vieles mehr sind auf der Difu-Website zu finden – und auch auf den verschiedenen Projekt-Websites, die das Difu im Rahmen seiner Projekte betreibt: www.difu.de/ www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online Das Difu-Magazin informiert vierteljährlich über Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue Publikationen, Projekte, Veranstaltungen und vieles mehr. Die Berichte erscheinen als Print- und Online-Version. Der Umstieg auf die papierlose Version hat viele Vorteile: Klima schützen, Platz sparen, früher informiert sein – und das Difu von den Portokosten entlasten. Der Wechsel ist einfach: E-Mail-Adresse online eintragen und absenden. Senden Sie anschließend einfach eine Mail an presse@difu.de und teilen uns mit, welche Postadresse wir streichen dürfen. Beim Erscheinen eines neuen Hefts erhalten eAbonent*innen eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das Online-Abo erhalten sie das Heft ca. zwei Wochen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da Druck- und Versandzeiten entfallen. Das Online-Archiv reicht bis 1996 zurück. www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme) www.bit.ly/3oNYFgD (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“ Alle zwei Wochen informiert das Difu über seinen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über interessante neue Inhalte auf der Difu-Homepage. www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenfrei zum Download auf der Difu-Homepage zur Verfügung. Andere können als Printexemplare oder eBooks käuflich erworben werden. www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsreihe Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ an, die sich zu jedem Termin mit einem anderen aktuellen Thema zur Zukunft der Städte befasst. www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Social Media-Kanäle

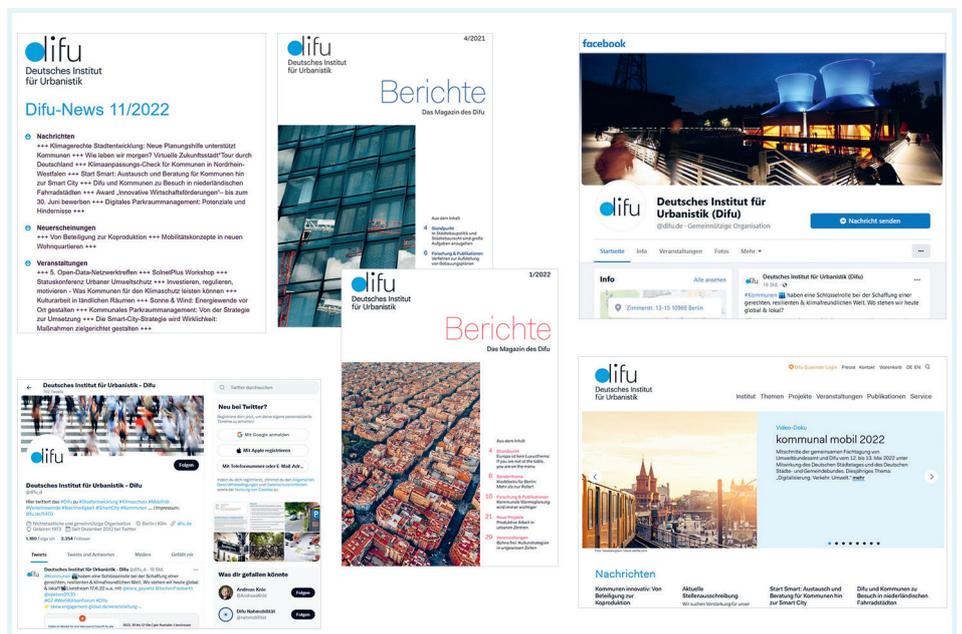
Über Facebook und Twitter kommuniziert das Difu aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut bzw. zu kommunal relevanten Themen. Ausgewählte öffentliche Difu-Veranstaltungen sowie ausgewählte Vorträge von Difu-Wissenschaftler*innen können auf Youtube live verfolgt oder „nachgesehen“ werden: www.facebook.com/difu.de www.twitter.com/difu_d www.youtube.com/DeutschesInstitutfürUrbanistikDifu

Presseverteiler

Die Pressemitteilungen informieren über medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut. www.difu.de/13168

RSS-Feeds

Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Publikationen, Projekten, Ausschreibungen informieren in Echtzeit. www.difu.de/15162



Bildcollage: Difu

Wirtschaftsverkehr in Bremen

Difu-Studie nimmt Umweltfolgen des städtischen Wirtschaftsverkehrs, vor allem des Lieferverkehrs in Bremen in den Fokus.

Wirtschaftsverkehr in Bremen



www.difu.de/17283



Dr.-Ing.
Wulf-Holger Arndt
+49 30 39001-252
arndt@difu.de



Die Verringerung von Umweltfolgen des städtischen Wirtschaftsverkehrs und die Verbesserung des Verkehrsablaufs in verschiedenen Stadtlagen Bremens stehen im Fokus der neuen Difu-Studie. Problemsituationen, die durch den Lieferverkehr entstehen, gilt dabei besondere Aufmerksamkeit.

In der durch die Freie Hansestadt Bremen und das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) geförderten Studie werden zunächst die durch den Wirtschaftsverkehr entstehenden Probleme untersucht. Im Vordergrund stehen drei typische städtische Gebiete, in denen es im Zusammenhang mit Wirtschaftsverkehr häufig zu Problemen kommt: Innenstadtlage, innenstadtnahe Wohn- und Mischgebiete sowie Neubaugebiete.

Aufbauend auf den Untersuchungsergebnissen der unterschiedlichen städtischen Gebiete soll in einem partizipativen Verfahren mit allen relevanten Beteiligten ein Konzept zur Optimierung entwickelt werden. Im Anschluss ist die Umsetzung mit Blick auf Wirtschaftlichkeit sowie verkehrliche und Umweltwirkungen geplant. Abschließend wird die Übertragbarkeit der jeweiligen Maßnahmen auf andere Gebiete und Städte eingeschätzt.

Als Projektergebnis soll ein Konzept zur Verringerung der Belastungen durch den Wirtschaftsverkehr für verschiedene Stadtlagen vorliegen. Ein modularer Maßnahmenplan und ein praxisorientierter Instrumentenkasten (Umsetzungsplan) erleichtern die Anwendung vor Ort. Zwar sind Handlungsoptionen auf kommunaler Ebene im Fokus der Studie, das Konzept soll aber auch Aussagen zu möglichen Änderungen der Rahmensetzungen durch Land und Bund geben.

Sicherheitsrisiko Parken!



www.difu.de/17342



Victoria Langer, M.Sc.
+49 30 39001-257
langer@difu.de

Sicherheitsrisiko Parken!

Seminarreihe für Kommunen und Landkreise soll für die Verkehrssicherheit des Rad- und Fußverkehrs sensibilisieren.

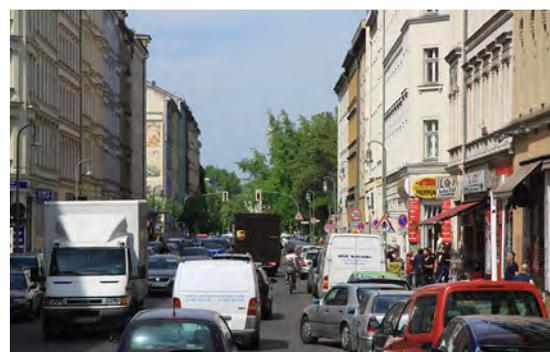


Foto: Christian Strauss, Difu

Jeder fünfte innerörtliche Unfall mit Personenschaden, bei denen zu Fuß Gehende und Radfahrende beteiligt sind, steht im Zusammenhang mit parkenden Autos. Die wesentlichsten Probleme sind Unfälle mit geöffneten Fahrzeurtüren (sogenannte Dooring-Unfälle) und Unfälle mit Sichtbehinderungen durch parkende Fahrzeuge. Vor allem an Knotenpunkten, Einmündungen sowie Querungsstellen und -hilfen behindern illegal abgestellte Kraftfahrzeuge die Sichtbeziehungen zwischen den Verkehrsteilnehmenden. Sind neben dem Kraftfahrzeugverkehr auch Radfahrende und zu Fuß Gehende involviert, sind diese ungeschützten Verkehrsteilnehmenden meist besonders schwer betroffen.

Die Seminarreihe für Kommunen und Landkreise zielt darauf ab, Kommunen für die Verkehrssicherheit des Rad- und Fußverkehrs im Zusammenhang mit den Gefährdungspotenzialen durch das Parken zu sensibilisieren. Dazu werden die Unfallrisiken des ruhenden Verkehrs für ungeschützte Verkehrsteilnehmende thematisiert und Maßnahmen sowie Handlungsfelder aufgezeigt. Der Schwerpunkt der Reihe liegt in der Vermittlung aktueller Kenntnisse zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und dem zur Verfügung stehenden Instrumentarium für Planung und Gestaltung. Es werden aktuelle Entwicklungen und Beispiele dargestellt und Herausforderungen diskutiert, die sich beispielsweise aus Sicherheitsanforderungen und konkurrierenden Flächenansprüchen ergeben.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) führt die Seminarreihe im Auftrag des Deutschen Verkehrssicherheitsrats (DVR) durch.

Management der Smart City

Difu untersucht geeignete Koordinations-, Rechts- und Organisationsformen für die digitale Stadt.

Management der Smart City



www.difu.de/17255



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Dipl.-Ing. Jan Abt
+49 30 39001-206
abt@difu.de



Digitalisierung und Smart City stellen, ebenso wie die Stadtentwicklungspolitik, ein Querschnittspolitikfeld dar. Dessen strategische Bearbeitung erfordert Beiträge aus unterschiedlichen fachlichen und politischen Perspektiven und, damit verbunden, eine entsprechende fachbereichsübergreifende Koordinierung. Eine solche Koordinierung steht jedoch häufig im Widerspruch zu der durch Spezialisierung geprägten Organisation der kommunalen Verwaltung. Vor diesem Hintergrund sollen die gewählten und geplanten Organisationsformen, Managementansätze und Prozessdesigns der vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) geförderten „Modellprojekte Smart Cities (MPSC)“ und anderer deutscher Kommunen im Rahmen der Begleitforschung der Koordinierungs- und Transferstelle (KTS) untersucht werden.

Die vom Difu durchgeführte Begleituntersuchung zielt auf die vertiefende Analyse der verwaltungsinternen Strukturen und Organisationsformen sowie ihrer Prämissen. Im Ergebnis werden Aussagen zu geeigneten Organisationsformen der Smart City getroffen und zu Handlungsempfehlungen zusammengeführt.

Eine – im Monitoringbericht der Modellprojekte der ersten Staffel – bereits identifizierte Vorgehensweise bei der Errichtung einer Aufbauorganisation ist die Gründung eigener kommunaler Gesellschaften bzw. die Integration in bestehende Beteiligungen. Im Rahmen einer ergänzenden Kurzexpertise werden daher zudem Rechts- und Organisationsformen kommunaler Unternehmen im Kontext von Digitalstrategien weitergehend analysiert.

Datenstrategien in Kommunen



www.difu.de/17254



Jana Helder
+49 30 39001-222
helder@difu.de

Dimitri Ravin
+49 30 39001-144
ravin@difu.de

Datenstrategien in Kommunen

Difu und Fraunhofer IESE erarbeiten Empfehlungen für die Entwicklung von kommunalen Datenstrategien.



Die Smart City Charta des Bundes sowie die Leitlinien und Handlungsempfehlungen zur Entwicklung von Datenstrategien für die gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung geben den Rahmen für einen wertebasierten Umgang mit Daten vor. Dieser soll von den vom BMWSB geförderten „Modellprojekten Smart Cities“ strategisch und operationell umgesetzt werden. Bisher gibt es jedoch nur sehr wenige Ansätze für und Erfahrungen mit Datenstrategien in deutschen Kommunen. Vereinzelt finden sich zwar deklaratorische Hinweise und Beschlüsse, doch insgesamt befinden sich die Überlegungen zu kommunalen Datenstrategien noch ganz am Beginn.

Die Untersuchung im Rahmen der Koordinierungs- und Transferstelle verfolgt zwei Ziele: Sie will analysieren, wie die Modellprojekte ihre Datenstrategien aufbauen und im Sinne der Smart City Charta sowie der im Rahmen der „Dialogplattform Smart Cities“ entwickelten „Datenleitlinien“ umsetzen und auch vorliegende Datenstrategien im europäischen und internationalen Raum reflektieren. Erarbeitet werden Empfehlungen für die Entwicklung von kommunalen Datenstrategien, um den Modellprojekten wie auch darüber hinaus den Kommunen in Deutschland insgesamt eine entsprechende Orientierung zu geben.

Die Begleituntersuchung fokussiert auf strategische Ansätze von Datenstrategien sowie deren institutionelle und instrumentelle Umsetzung, ob nun innerhalb der Stadtverwaltung oder in Kooperationsformen über die jeweilige Verwaltung hinaus. Dies schließt die Befassung mit den Zielen der Datenstrategien ein – etwa dort, wo es um die kommunale Daseinsvorsorge oder die Entwicklung von neuen Geschäftsmodellen geht.

Krisenfeste Städte

Gemeinsames Projekt von Difu und dem Kompetenzzentrum Wasser Berlin soll kommunale Resilienz stärken.

Krisenfeste Städte



www.difu.de/17256



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Dr. Christian Stein
+49 30 39001-207
cstein@difu.de



Foto: Animateira PicsStock, Adobe Stock

Krisenhafte Entwicklungen wie die Klimakrise oder terroristische Bedrohungen gefährden zunehmend die Stabilität städtischer Systeme. Erforderlich ist daher eine resiliente Stadt. Deren physische und soziale Strukturen müssen in der Lage sein, sich sowohl reaktiv als auch proaktiv an sich wandelnde Umweltbedingungen anzupassen und sich von negativen Folgen schnell zu erholen. Resilienz ist dabei umfassender als der für die deutsche Stadtentwicklung häufig im Mittelpunkt stehende Begriff des Katastrophenschutzes. Resilienz zielt darauf ab, die Widerstands-, Regenerations- und Entwicklungsfähigkeit des „Systems Stadt“ umfassend zu erhalten und zu stärken.

Ziel des Forschungsprojekts im Rahmen der vom BMWSB geförderten Koordinierungs- und Transferstelle Modellprojekte Smart Cities ist es, international bestehende Methoden, Werkzeuge und Governance-Konzepte zur systematischen Stärkung kommunaler Resilienz in der Stadtentwicklung zu analysieren, in den hiesigen Kontext zu übersetzen und so verfügbar zu machen. Die Analyse konzentriert sich auf das Verständnis der verschiedenen Dimensionen von Resilienzansätzen, einschließlich strategischer, Governance- und technischer Aspekte. Schließlich wird die Studie den Zusammenhang von Resilienz und Katastrophenschutz untersuchen und praktische Perspektiven für deutsche Kommunen aufzeigen.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Perspektive der Digitalisierung für die Resilienz – d.h. insbesondere auf der Frage, wie Digitalisierung städtische Resilienz fördern kann, aber auch, wo durch die zunehmende Digitalisierung neue Risiken und Angriffsflächen von Kommunen und deren Infrastrukturen liegen.

Urbane Resilienz stärken



www.difu.de/17286



Dr. Holger Floeting
+49 30 39001-221
floeting@difu.de

Hanna Gieseler
+49 30 39001-161
gieseler@difu.de

Urbane Resilienz stärken

Zusammen mit nordrhein-westfälischen Kommunen untersucht das Difu kommunales Krisenmanagement.



In der Phase des akuten Krisenmanagements fehlt in den Kommunen in der Regel die Zeit für eine umfassende Reflexion der Dynamiken und Bewältigung der Krise sowie die Möglichkeit, die aus der Krise resultierenden Praxiserfahrungen gezielt zu bewahren, zu hinterfragen und weiterzuentwickeln. Das vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS) durchgeführte Verbundvorhaben soll diese Möglichkeiten schaffen. Hauptziel des Forschungsprojektes ist die langfristige Stärkung der Resilienz von Kommunen. Zusammen mit nordrhein-westfälischen Kommunen analysiert das Projektteam zu diesem Zweck das Vor-Ort-Krisenmanagement in Bezug auf die Corona-Pandemie, beleuchtet die Herausforderungen und fragt nach der Entstehung innovativer Produkte, Prozesse und pragmatischer Lösungen, die zur Bewältigung zukünftiger Krisen genutzt werden können und sich zur Weiterentwicklung und Übertragung auf andere Kommunen eignen. Im Fokus stehen insbesondere die Themenfelder Zusammenarbeit, Risiko- und Krisenkommunikation sowie der Umgang mit vulnerablen Gruppen.

Dabei soll u.a. kritisch reflektiert werden, wie sich die Kooperation von Bund, Ländern und Gemeinden bei der Krisenbewältigung gestaltet und welche Möglichkeiten des Wissensmanagements die Zusammenarbeit unterstützen können. Untersucht werden soll auch, wie komplexe (wissenschaftliche) Erkenntnisse und Empfehlungen auf kommunaler Ebene kommuniziert werden müssen, um lokal in Alltagshandeln umgesetzt werden zu können und wo die Grenzen dabei liegen.

Das Projekt wird vom BMBF im Rahmen der zivilen Sicherheitsforschung gefördert.



Unser Start ins Jahr 2022 begann genauso, wie für viele unserer Teilnehmer*innen und Auftraggeber*innen: die Covid-19 Situation erforderte weiterhin flexible Lösungen. Ab April sind wir nun auch wieder in Präsenz unterwegs und das mit großer Resonanz und tollem Feedback.

Wir freuen uns über Ihre Nachfrage nach unseren Veranstaltungsangeboten – egal, ob Online oder Präsenz. Für beide Formate gilt unser hoher Qualitätsanspruch.

Wohin die Reise geht, wird sich in diesem Winterhalbjahr zeigen, in dem coronabedingt mit neuen Einschränkungen bei Präsenzveranstaltungen zu rechnen sein wird. Wir bleiben zuverlässig, auch weiterhin Präsenz anbieten zu können – natürlich unter den dann geltenden bundeslandspezifischen Hygiene-Vorschriften. Nach einer kurzen Sommer-Auszeit starten wir im September in die zweite Jahreshälfte mit neuen Angeboten und spannenden Themen.

Neues Exklusiv-Angebot für Zuwender

Um den engen Kontakt zu unseren Zuwendern weiter zu vertiefen, haben wir ein neues Angebot entwickelt. Ergänzend zum Seminarprogramm bietet das Difu exklusiv für Zuwender ein neues Format an: die Online-Impulse. Details dazu sind im Difu-Extranet zu finden:

➔ www.difu.de/17143

Veranstaltungsvorschau

Jahrestreffen 2022 der Difu-Zuwender

Difu-Jahrestreffen
23. – 24. Juni 2022 in Berlin
➔ www.difu.de/17319

Förderung der NKI: Trinkwasser & Energieeffizienz

Kommunaler Klimaschutz
23. Juni 2022, online
➔ www.difu.de/17340

Förderwissen für den Klimaschutz

Kommunaler Klimaschutz
23. Juni 2022 in Neustrelitz
➔ www.difu.de/17341

Partizipation – Die Stimme der Adressat*innen

Dialogforum Jugendhilfe
27. – 28. Juni 2022, online
➔ www.difu.de/17359

Statuskonferenz Urbaner Umweltschutz

Sonstige
28. Juni 2022 in Erfurt
➔ www.difu.de/17353

Investieren, regulieren, motivieren – Was Kommunen für den Klimaschutz leisten können

Kommunaler Klimaschutz
28. Juni 2022, online
➔ www.difu.de/17366

Kulturarbeit in ländlichen Räumen

Sonstige
30. Juni 2022 in Leipzig
➔ www.difu.de/17284

Sonne & Wind: Energiewende vor Ort gestalten

Sonstige
30. Juni 2022, online
➔ www.difu.de/17361

Kommunale Wärmeplanung

Difu-Seminar
30. Juni – 1. Juli 2022 in Berlin
➔ www.difu.de/17157

Kommunales Parkraummanagement: Von der Strategie zur Umsetzung

Sonstige
6. Juli 2022 in Stuttgart
➔ www.difu.de/17360

Die Smart-City-Strategie wird Wirklichkeit: Maßnahmen zielgerichtet gestalten

Sonstige
6. Juli 2022 in Wolfsburg
➔ www.difu.de/17378

Veranstaltungsvorschau Auszug 2. Halbjahr

Zukunftsvision – Innovation – Kooperation: Wirtschaftsförderungen als Agenten des Wandels

Difu-Seminar
8. – 9. September 2022 in Berlin
➔ www.difu.de/17287

Lebenswerte Plätze schaffen – Öffentliche Räume mit komplexen Problemen

Difu-Seminar
12. – 13. September 2022 in Berlin
➔ www.difu.de/17288

Bezahlbar Wohnen – Strategien und Instrumente für den Wohnungsneubau und -bestand

Difu-Seminar
15. – 16. September 2022 in Berlin
➔ www.difu.de/17289

Klimaschutz und Mobilitätswende – Erfahrungen zu verkehrs- und klimabezogene Masterpläne in den Kommunen

Difu-Seminar
26. – 27. September 2022 in Berlin
➔ www.difu.de/17290

Klimaschutz, Ernährung und Gesundheit zusammen denken – Handlungsoptionen für Kommunen

Difu-Seminar
27. September 2022, online
➔ www.difu.de/17291

Nachhaltige Quartiersansätze – Ressourcen, Energie und Suffizienz im Blick

Difu-Seminar
29. – 30. September 2022 in Berlin
➔ www.difu.de/16360

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

➔ www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Dialogforum Jugendhilfe

➔ www.jugendhilfe-inklusive.de

Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz

➔ www.klimaschutz.de/veranstaltungen

Zentrum KlimaAnpassung

➔ www.zentrum-klimaanpassung.de/termine

Mobilitätsforum Bund

➔ www.mobilitaetsforum.bund.de

Überblick sämtlicher Veranstaltungen mit Details, Einzelprogrammen und Online-Anmeldetool – stets aktuell:

➔ www.difu.de/programm



Kinder- und Jugendhilfe: Mehr Aufmerksamkeit für Familien!

Wie können Kinderschutzkonzepte im Zusammenwirken mit den Hilfesystemen gemäß neuem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) in den Kommunen ausgestaltet und umgesetzt werden? Bericht und Dokumentation geben Antworten.

Das Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusive Kinder- und Jugendhilfe aktiv gemeinsam gestalten“ bietet mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Expert*innengespräche an, in denen fachübergreifend diskutiert wird, wie die Kinder- und Jugendhilfe im Sinne einer inklusiven Lösung ausgestaltet werden kann. In der Veranstaltung im Februar stand das Thema „Kinderschutzkonzepte“ vor dem Hintergrund der seit Juni 2021 geltenden neuen gesetzlichen Regelungen im KJSG im Mittelpunkt des Austausches. In der Online-Veranstaltung waren 200 Teilnehmende aller relevanten Akteursgruppen präsent. Anliegen des Dialogforums und des BMFSFJ war es, neben der Vorstellung innovativer Beispiele, auch in Erfahrung zu bringen, wo in Bezug auf Kinderschutzkonzepte noch Weiterentwicklungs- und Anpassungsbedarf für die Praxis besteht. Dr. Heike Schmid-Obkirchner, Leiterin der Referatsgruppe KSR – Kinderschutz und Kinderrechte im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Berlin, betonte eingangs, dass die Kinder- und Jugendhilfe im Grunde immer schon inklusiv ausgerichtet sei und dass es gegenwärtig darauf ankomme, die Schutzbedürfnisse aller Kinder und Jugendlichen in allen Einrichtungen und Angeboten der Jugendhilfe sicherzustellen – so z.B. auch in Pflegefamilien – ohne das bisherige Vertrauensverhältnis zu Fachkräften zu zerstören. Dies bedeutet, neue Ideen und Konzepte zu entwickeln, die praxistauglich sind und Lücken im Kinderschutz zu schließen. Der Koalitionsvertrag habe neuen Schwung in das Thema „Inklusion“ gebracht, was

sich insbesondere darin ausdrückt, dass Inklusion bereits in der aktuellen Legislatur bis zum Jahr 2025 gesetzlich verankert wird. Die Übergänge hin zur „inkluisiven Lösung“ vollziehen sich aber – wie geplant – im Zeitraum bis 2028.

Als Risiken für Kindeswohlgefährdung identifizierte Ludger Kämmerling, Leitender Oberarzt, Ärztlicher Leiter des SPZ Westmünsterland, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin, Sozialpädiatrie, eine ganze Reihe von Faktoren: Stressbelastung/Überforderung von Familien, inadäquate Rollenerwartungen in Familien, Temperament, chronische oder psychische Erkrankungen/ Behinderung von Kindern sowie psychische oder chronische Erkrankungen von Eltern. Bei allen Verhaltensauffälligkeiten und Verhaltensänderungen müsse immer auch an eine Gefährdung des Kindeswohls als eine mögliche Ursache gedacht werden. Insbesondere dann, wenn etwaige Risikofaktoren bekannt sind. Primär sei das Kind anzuhören. Er wies darauf hin, dass Verwaltungsgrenzen keine Zuständigkeits- oder Angebotsgrenzen sind. Zudem finde durch Globalisierung und Digitalisierung auch sexualisierte Gewalt weit über kommunale und regionale Grenzen hinweg statt (Münster, Lügde u. a.). Daher benötige Kinderschutz eine Vernetzung über kommunale Grenzen hinweg. Kein System und keine Institution allein könne Kindeswohl gewährleisten. Professionen müssten hinsichtlich ihrer Grenzen und Möglichkeiten transparent interagieren. Ein Ergebnis der Diskussion war, dass interdisziplinäres und individuelles Herangehen in Bezug auf die Bedarfe aller Kinder Standard sein sollte. Kritisch angemerkt wurde unter anderem, dass Inobhutnahmekapazitäten für junge Menschen mit Beeinträchtigungen noch eine Versorgungslücke darstellten.

Von den Teilnehmenden wurde ein großer Bedarf nach weiteren Veranstaltungen zu den im Umsetzungsprozess des Gesetzes aktuellen Verfahrensschritten geäußert. Es geht, wie es so treffend in der Diskussion formuliert wurde, um bisher fragmentierte Verwaltungsrealitäten und Gesetze in der praktischen Umsetzung, die eine Wiederherstellung von Lebensweltnähe fördern sollen und Familien stärken, so wie es das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz schließlich im Titel trägt.



www.bit.ly/3b1JuOF



Dipl.-Soz.
Kerstin Landua
+49 30 39001-135
landua@difu.de

Den Klimafolgen zuvorkommen: Vorteile der Vernetzung

Kommunen sind Schlüsselakteurinnen in der Klimaanpassung. Auf Einladung des Zentrums für KlimaAnpassung diskutierten Vertreter*innen von Bund, Ländern und Kommunen aktuelle Fragen der Klimaanpassung und ihrer Umsetzung in die Praxis.

„Wir stehen vor existenziellen Herausforderungen, die uns vor Augen führen, wie verletzlich unsere Gesellschaft ist“, sagte Bundesumweltministerin Steffi Lemke zu Beginn der ersten Vernetzungskonferenz „Kommunale Klimaanpassung im Dialog“ des Zentrums KlimaAnpassung (ZKA) von Difu und adelphi. Damit zielte sie nicht nur auf den Krieg und das Leiden in der Ukraine oder die Coronapandemie, die noch nicht überstanden sei. Auch die ökologischen Krisen – die Klimakrise und das Artensterben –, seien ebenso existenziell für die Gesellschaft, auch wenn sie aktuell nicht im Fokus stünden: „Ohne gesunde Umwelt entziehen wir uns unsere eigene Lebensgrundlage. Unsere Sicherheit, unsere Zukunft und die Chance auf ein gutes Leben würden dadurch massiv gefährdet.“ Die Konferenz wurde am 24. und 25. März 2022 im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) veranstaltet.



Welchen Herausforderungen die Kommunen gegenüberstehen, stellte der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel und stellvertretender Präsident des Deutschen Städtetages, Ulf Kämpfer, in seinem Impulsvortrag am Beispiel seiner Stadt anschaulich dar und forderte: „Klimaanpassung darf nicht mehr nur die kleine Schwester des Klimaschutzes sein.“ Diese beiden Themen zusammenzudenken stand auch im Fokus eines der acht Workshops, in denen praktische Lösungen für Kommunen vorgestellt und diskutiert wurden, um sich gegen die Folgen des Klimawandels wie Hitze, Starkregen, Hochwasser oder Trockenheit zu wappnen.

Themen der Workshops waren u.a. naturbasierte Lösungen für klimaresiliente Kommunen, Poten-

ziale und Möglichkeiten von Starkregengefahrenkarten, Anpassung von Gewerbegebieten, klimaresiliente Wälder und Potenziale der Digitalisierung. Dabei wurde auch deutlich, dass Klimaanpassung mehr als der Schutz vor Gefahren ist. Vielmehr bietet Klimaanpassung Möglichkeiten, die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden zu erhöhen, die Gesundheits- und Umweltbelastungen zu reduzieren und damit auch Natur und Klima zu schützen.

Die Podiumsdiskussion mit Vertretungen aus den Bundesressorts für Umwelt, Bauen, Landwirtschaft und Verkehr, des Umweltministeriums Nordrhein-Westfalen und des Deutschen Städtetages verdeutlichte: Die Rahmenbedingungen für Kommunen müssen weiter verbessert werden, damit diese den Folgen des Klimawandels zukünftig noch besser und zügiger begegnen können. Die Diskussionsteilnehmenden verwiesen insbesondere auf die Verknüpfung verlässlicher Daten für eine wirksame Klimaanpassung: Zum einen werden sie für die Bewertung der Auswirkungen des Klimawandels und als Indikatoren für die Wirksamkeit der jeweiligen Maßnahmen gebraucht, zum anderen für den Wissenstransfer zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Dieses Wissen muss von den Kommunen auch in die Praxis umgesetzt werden können. Neben Investitionsmitteln benötigen die Kommunen deshalb auch Geld für das zusätzliche Personal.

Im Rahmen der aktuellen Förderrunde „Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ fördert das BMUV mehr als 100 Klimaanpassungsmanager*innen. Bis zum Herbst 2023 will das Bundesumweltministerium darüber hinaus ein Klimaanpassungsgesetz vorlegen.

In Online-Exkursionen stellten Vertreter*innen aus den Städten Würzburg, Remscheid, Erfurt, Dresden und Lübeck am zweiten Konferenztag vor, wie sie den Folgen des Klimawandels bereits heute begegnen. Diese guten Praxisbeispiele stehen, ebenso wie die Podiumsdiskussion, Workshops und Solution Labs, in der Dokumentation der Vernetzungskonferenz auf der Webseite des Zentrums KlimaAnpassung zum Nachlesen und Nachschauen zur Verfügung.



www.difu.de/17308
www.bit.ly/3KxH3jf



Dipl.-Ing. Jens Hasse
+49 221 340308-25
hasse@difu.de

Dr.
Andrea Fischer-Hotzel
+49 221 340308-21
fischer-hotzel@difu.de

Umweltgerechtigkeit – Perspektiven für Bund, Länder und Kommunen

Wie kann Umweltgerechtigkeit auf Bundes- und Länderebene gestärkt werden? Wie können Kommunen dabei unterstützt werden, mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen? Diese Fragen diskutierten Fachleute beim Dialogforum Umweltgerechtigkeit.

Umweltgerechtigkeit zielt darauf ab, gesundheitsrelevante Belastungen der Umwelt in sozial benachteiligten Gebieten zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Ebenso sollen ihren Bewohner*innen der Zugang zu gesundheitsförderlichen Umweltressourcen – beispielsweise Grün- und Freiflächen – ermöglicht werden. Um das zu erreichen, ist ein auf allen Umsetzungsebenen – Bund, Länder, Kommunen, Quartiere – aufeinander abgestimmtes Handeln in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft erforderlich. Umweltgerechtigkeit verbindet viele Handlungsfelder: vom Umwelt- und Naturschutz über Klimaschutz und -anpassung bis zu Stadtentwicklung, Verkehrsplanung und Gesundheitsförderung. Ein intensiver Dialog zwischen den Akteur*innen ist deshalb von großer Bedeutung. Dieser Bedarf wurde vom Umweltbundesamt (UBA) und dem Difu am 14. Februar 2022 in Form des digitalen „Dialogforums Umweltgerechtigkeit“ aufgegriffen. Ziel der Veranstaltung war es, gemeinsam Perspektiven für Bund, Länder und Kommunen zu erörtern, um Umweltgerechtigkeit stärker zu verankern.

Es wurden konkrete Vorschläge für eine Stärkung des Themas Umweltgerechtigkeit vorgestellt. Die Teilnehmenden diskutierten über das Agenda Setting, und wie wirksam veränderte Rahmenbedingungen in der Gestaltungshoheit von Bund und Ländern in diesem Bereich sein könnten. Darüber hinaus wurden Vorschläge für die Organisation und Kooperation auf Bundes- und Länderebene erörtert. Wie Bund und Länder die kommunale Ebene unterstützen und zur Weiterentwicklung des Wissens- und Methodenstandes zur Umweltgerechtigkeit beitragen können, war ein weiterer Punkt der Diskussion. Außerdem wurden gute kommunale Praxisbeispiele präsentiert, die zeigen, dass Umweltgerechtigkeit in vielen Städten in Deutschland bereits ein Thema ist.

Deutlich wurde in der Diskussion, dass es notwendig ist, auf allen drei Ebenen – Bund, Länder, Kommunen – die Zusammenarbeit zum Thema Umweltgerechtigkeit zu intensivieren, insbesondere zwischen den für Umwelt, Gesundheit und Stadtentwicklung zuständigen Ministerien und Ämtern. Aber auch die Kooperation zwischen Bund und Ländern sowie die Einbindung von zivilgesellschaftlichen und weiteren Stakeholdern

müsse ausgebaut werden. Ein „Must-have“ sei zudem das politische Versprechen, Umweltgerechtigkeit fest zu verankern und zu stärken – und zwar auf hoher politischer Ebene von Bund und Ländern und durch die Minister*innenkonferenzen für Umwelt, Gesundheit und Stadtentwicklung.



Foto: Thomas Franke, Difu

Die Diskussion zeigte auch, dass die Kommunen bei der Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit die Hauptlast tragen und sie die Unterstützung von Bund und Ländern benötigen. Finanzielle Förderung, die Einrichtung einer Servicestelle Umweltgerechtigkeit, die Förderung von interkommunalem Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer sowie die wissenschaftliche Begleitung von Kommunen bei der Messbarmachung von Umweltgerechtigkeit wurden hierfür in der Diskussion als zentrale notwendige Aktivitäten genannt.

Das Dialogforum wurde vom Difu im Auftrag des UBA im Rahmen des Forschungsprojekts „Umweltgerechtigkeit – Weiterentwicklung und Umsetzung der Handlungsempfehlungen auf Bundesebene“ veranstaltet.



www.difu.de/17326

Dipl.-Ing. Christa Böhme
+49 30 39001-291
boehme@difu.de

Dr. Thomas Franke
+49 30 39001-107
franke@difu.de

Stadtgrün und Wasser als Bausteine klimagerechter Quartiere

Wie können Städte Wasser- und Grüninfrastruktur nutzen, um Quartiere klimagerechter zu gestalten und gegen Extremwetter zu wappnen? Im Difu-WebSeminar wurden Ideen aus der Praxis verschiedener Städte vorgestellt.

Städte sind schon jetzt von den Folgen des Klimawandels betroffen. Und Schäden durch zu viel oder zu wenig Wasser werden in Zukunft zunehmen. Verschiedene Konzepte wie dezentrale Regenwasserbewirtschaftung, die Nutzung alternativer Wasserressourcen und blau-grüne Infrastruktur sollen helfen, mit diesen Herausforderungen umzugehen. Neben technischen werden gezielt grüne Infrastrukturen wie grüne Freiflächen sowie blaue Infrastrukturen wie urbane Gewässer genutzt. Wie der richtige Umgang mit Grün und Wasser in der Stadt aussehen kann, unterscheidet sich von Quartier zu Quartier. Im Difu-WebSeminar im März 2022, gemeinsam durchgeführt mit dem ISOE, Institut für sozial-ökologische Forschung, wurden Praxisbeispiele aus verschiedenen Städten vorgestellt.

Für klimaangepasste Gestaltungsoptionen in Städten müssen Stadtgrün und Wasserinfrastrukturen zusammengedacht und geplant werden. Ein zentrales Ziel ist es, die lokale Wasserbewirtschaftung im urbanen Raum wieder an einen naturnahen Wasserhaushalt heranzuführen und alternative Wasserressourcen wie Regenwasser vor Ort zu nutzen bzw. zu verdunsten oder zu versickern. In diesem Sinne sind beispielsweise grüne Freiräume, Dachflächen oder multifunktionale Flächen Teil der städtischen klimaangepassten Infrastruktur. Um die Vielfalt der möglichen Maßnahmen optimal in die Praxis zu übertragen, sind eine systematische Übersicht der Optionen und ein vernetztes Vorgehen in Planungsprozessen nötig.

Im Online-Seminar wurde die Vernetzung von Wasser- und Grüninfrastrukturen als ein zentraler Ansatzpunkt der Klimaanpassung in Städten herausgearbeitet. Matthias Hartmann, Umwelt- und Naturschutzamt der Stadt Erfurt, thematisierte in seinem Impulsvortrag den Umgang mit Hitze und Trockenheit sowie die Maßnahmen und Strategien in Erfurt. Im Fokus standen sowohl Einzelmaßnahmen, wie Hitzeaktionsplanung und Brauchwassernetze zur Bewässerung, als auch quartierliche Planungsprozesse. In seinem Praxisbericht zur Klimafolgenanpassung ging Henning Werker der Stadtentwässerungsbetriebe Köln auf die vielfältigen Ansätze der Stadtentwässerung zur Überflutungsvorsorge ein. Starkregenbezogene Vorgaben für die Planwerke sorgen dafür, dass

Überflutungsvorsorge auch in Neubaugebieten und Erschließungen bedacht wird. Die Akteursan-sprache und -mobilisierung sei ein wichtiger Baustein in der Planung und Risikovorsorge.

Toralf Kramer vom Tiefbauamt der Stadt Karlsruhe stellte in seinem Vortrag die multifunktional genutzten Regenrückhalteflächen in den Mittelpunkt. Anhand einer Reihe von Gestaltungsbeispielen multifunktionaler Flächen zeigte er Abstimmungsbedarfe zwischen den verschiedenen kommunalen Ämtern, Pflegeaufgaben und auch Konfliktpotenziale z.B. mit Anlieger*innen auf. Über Unterstützungsangebote der Berliner Regenwasseragentur und ihre Rolle auf dem Weg zur wassersensiblen Stadt referierte Grit Diesing. Auf ihren Webseiten stellt die Agentur verschiedene Publikationen wie praktische Leitfäden und Orientierungshilfen als Download zur Verfügung.



Der kollegiale Erfahrungsaustausch in Form von Planspielen bzw. moderierten Arbeitsgruppen diente der vertieften Auseinandersetzung mit Bausteinen blau-grün-grauer Infrastruktur. Diskutiert wurde, wie mittels vernetzter Planung und Lokalisierung blau-grün-grauer Infrastrukturen im Quartier die planerischen Ziele erreicht werden können. Anhand eines Planungsgebiets konnten die Teilnehmer*innen einen Visionsplan für eine klimaangepasste Quartiersentwicklung entwerfen und sich dabei vertiefend mit den Bausteinen auseinandersetzen. In einer zweiten Arbeitsgruppe wurden „Konstellationsanalysen“ für die Bewässerung öffentlicher Grünflächen mit Regenwasser erarbeitet. Im Zentrum stand dabei die Frage, welche Akteure (Stadtentwässerung, Grünamt etc.) im Betrieb für den einen oder anderen Baustein zuständig sind und wie notwendige Absprachen aussehen können.



www.difu.de/17310



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Smart-City-Kongress vernetzt 73 Modellkommunen Deutschlands

Mit dem ersten Kongress der Modellprojekte Smart Cities hat die intensive Vernetzung von geförderten Städten und Regionen begonnen. Aber auch Kommunen, die nicht direkt gefördert werden, profitieren von Angeboten des Programms.

Über die „Modellprojekte Smart Cities“ fördert das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) die Konzeption und Erprobung von integrierten Smart-City-Modellen in deutschen Kommunen. Ziel ist es, in den Kommunen Digitalisierungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen, die dem Sinne einer nachhaltigen, integrierten und gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung entsprechen. Mittlerweile haben 73 Kommunen und kommunale Kooperationen einen Förderzuschlag erhalten. Insgesamt stehen rund 820 Millionen Euro Programmmittel zur Verfügung. Hintergrund der Förderung ist die 2017 verabschiedete Smart-City-Charta.

Das Deutsche Institut für Urbanistik ist wissenschaftlicher Partner im Konsortium der Koordinierungs- und Transferstelle (KTS), die bis 2030 die Modellprojekte fachlich begleitet und vernetzt und sie damit in ihrer nachhaltigen digitalen Entwicklung von Städten und Regionen unterstützt.

In der letzten Aprilwoche hat die KTS den ersten Kongress für die Vernetzung der geförderten Modellprojekte Smart Cities (MPSC) veranstaltet. Dabei kamen Vertreter*innen der 73 geförderten Städte und Regionen virtuell zusammen. Sie tauschten sich über die räumlichen Auswirkungen der Digitalisierung auf Städte und ländliche Regionen, über Governance und Strukturen zur Umsetzung von Smart-City-Projekten, neue Formen der Mobilität, Anpassungen an den Klimawandel und über digitale Instrumente zur Stadtentwicklung und -planung aus.

An den insgesamt vier Kongresstagen haben Smart-City-Beauftragte aus ganz Deutschland in kollaborativen Workshop-Formaten gearbeitet und ihre Erfahrungen miteinander geteilt. Das Difu gestaltete mit zwei Workshops den Austausch zu Prozessen und Strukturen einer Smart City: Der erste Workshop stellte die Organisation und das Management der Smart City in den Mittelpunkt – also die Fragen nach Aufbauorganisationen und der Verankerung von (neuen) Strukturen. Der zweite Workshop beleuchtete die Rolle von Datenstrategien als Grundlage für Smart-City-Entwicklungen und damit den bewussten und strategischen Umgang mit Daten in den Kommunen. In diesem Sinne konnten Theresa Hohmann, Jan

Abt, Jana Helder und Dimitri Ravin vom Difu die bisherigen Erkenntnisse aus ihren Forschungsvorhaben mit den teilnehmenden Kommunen teilen und mit den Erfahrungen aus der Kommunalpraxis spiegeln. Der nächste Kongress der Modellprojekte Smart Cities ist für Herbst 2022 als Präsenzveranstaltung geplant.

Profitieren sollen letztlich alle Kommunen in Deutschland: Die in den Modellprojekten entstandenen Erfahrungen und Smart-City-Maßnahmen sollen in einem hohen Maße auch in anderen Kommunen verwertbar sein. Ab sofort können sich alle deutschen Kommunen und Regionalverbände auf dem Weg zur Smart City für das eigens dafür konzipierte Unterstützungsprogramm „Start



Foto: Pornezz, Adobe Stock

Smart“ anmelden: Das neue Angebot besteht aus unterschiedlichen Veranstaltungsformaten für Wissenstransfer und Vernetzung. Bausteine sind zum Beispiel individuelle Initialberatungen, Themenwerkstätten und Peer Learnings. Das Angebot richtet sich damit explizit an Kommunen, die bisher nicht als Modellprojekte Smart Cities gefördert werden. Darüber hinaus bieten in den kommenden Monaten Regionalkonferenzen in Wolfsburg und Berlin/Brandenburg interessierten Kommunen einen ersten leichten Zugang zum Thema.



www.difu.de/17364



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Dipl.-Ing. Jan Abt
+49 30 39001-206
abt@difu.de

Utrecht, Zwolle und Houten: Fahrradinspiration zum Anfassen

Der Radverkehr ist ein zentrales Element der niederländischen Stadtentwicklung. Im Rahmen des Mobilitätsforums Bund führte das Difu Kommunen auf einer dreitägigen Fachexkursion durch die Städte Utrecht, Zwolle und Houten.

Um die ehrgeizigen Ziele des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP 3.0) Deutschlands zu erreichen, muss der Ausbau der Fahrradinfrastruktur mehr Fahrt aufnehmen. Kein anderes Land kommt dabei bisher an die Standards der Niederlande heran. Um von den vorbildlichen Beispielen zu lernen, besuchten zwanzig Mitarbeitende aus Politik und Kommunalverwaltungen vom 11. bis 13. Mai 2022 die niederländischen Städte Utrecht, Zwolle und Houten. Das Difu führte die Fachexkursion im Rahmen des am Bundesamt für Güterverkehr angesiedelten Mobilitätsforums Bund durch.

Radfahren gehört in den Niederlanden zum nationalen Selbstverständnis – doch das war nicht immer so: Bis in die 1960er-Jahre wurde die Verkehrsinfrastruktur ähnlich autoorientiert gestaltet wie in fast allen anderen Ländern Europas. Es war die steigende Zahl von Verkehrstoten, die zu massiven Protesten der Bevölkerung führte. So änderte sich ab den 1970er-Jahren die Planungsphilosophie, und eine neue Radkultur wurde möglich. Besonders vorbildlich präsentierte sich der Wandel in der Stadt Utrecht. Mitarbeitende der Stadt und des nationalen Wissenszentrums CROW informierten die Exkursionsteilnehmenden, wie Utrecht einen innerstädtischen Radverkehrsanteil von 47 Prozent erreicht – und diesen auch als wachstumsstärkste Stadt des Landes hält. Utrechts überaus hohes Radverkehrsaufkommen bringt manchen Radweg an seine Grenzen, so dass die Stadt zunehmend auf die Umwandlung des Straßenraums in Fahrradstraßen setzt.

Selbst mit dem Zweirad in der Stadt unterwegs, erlebte die Gruppe zusammenhängende Radverkehrsnetze, niederländische Kreuzungslösungen und Infrastruktur-Highlights wie die außergewöhnliche Fuß- und Fahrradbrücke „Dafne Schippersbrug“, die eine Schule umschlingelt und mit deren Schuldach „verschmilzt“. Zum Abschluss des Tages besuchten die Teilnehmenden das größte Fahrradparkhaus der Welt unter Utrechts Hauptbahnhof.

Um zu erfahren, wie das niederländische Verständnis von Radverkehr im mittelstädtischen Maßstab funktioniert, stand zudem ein Besuch der Städte Zwolle und Houten auf dem Programm. Zwolles „Bicycle Mayor“ Marijn de Vries,

ehemalige Rennradlerin, begleitete die Gruppe auf attraktiven Fahrradroutes, vorbei an hochwertigen Kreisverkehren, durch Fahrradstraßen und innovative Tunnel, über Brücken und Ampeln mit besonders kurzen Wartezeiten für Radfahrende.



Utrechts Vorort Houten ist eine weltweit besuchte Modellstadt fahrradfreundlicher Stadtentwicklung: Motorisierter Verkehr kann die dortigen Wohngebiete ausschließlich von der umgehenden Ringstraße erreichen und verlassen. Querverbindungen zwischen den Quartieren sind nur zu Fuß und mit dem Fahrrad möglich – womit das Fahrrad auf allen innerstädtischen Wegen schnell zum Verkehrsmittel erster Wahl wurde. Per Rad konnte die Gruppe Houten als „8-Minuten-Stadt“ kennenlernen.

Besprochen wurden außerdem aktuelle Fragen zur Verkehrssicherheit, z.B. das aktuelle niederländische Vorhaben, Risikofaktoren proaktiv zu beseitigen, bevor Unfallschwerpunkte Opfer fordern. Die Niederlande gehören neben Schweden zu den Vordenkern der Verkehrssicherheit und handeln nach dem Prinzip der „nachhaltigen Sicherheit“.

Während der Besuch die Bedeutung zielgerichteter Flächenverteilung und die anhaltende Randstellung des Fahrrads in Deutschland überdeutlich aufzeigte, zogen die Teilnehmenden aus deutschen Kommunen Energie, Inspiration und Motivation aus den gemeinsamen Tagen. Die Niederlande zeigen, was bei enger Verzahnung von Stadtentwicklung und Mobilität, einem fördernden Rechtsrahmen, signifikanten Investitionen und menschlichem Miteinander möglich ist.



www.difu.de/17375



Dagmar Köhler
+49 30 39001-108
koehler@difu.de



Ines Böhlick

unterstützt seit März 2022 das Team Personal als Sachbearbeiterin im Bereich Reisekostenabrechnung und Arbeitsvertragsvorbereitung am Difu-Standort Berlin. Sie hat an der Humboldt-Universität zu Berlin und Goethe-Universität Frankfurt am Main Pädagogik und Linguistik studiert. Während ihres Studiums war sie im Bereich Kinderliteratur, Vertrieb und Kundenbetreuung tätig. Anschließend absolvierte sie eine Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten und arbeitet nun im Verwaltungsteam des Difu.

Theresa Hohmann

ist seit Februar 2022 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der „Koordinierungs- und Transferstelle Modellprojekte Smart Cities“ im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen am Difu-Standort Berlin tätig. Aktuell widmet sie sich der Begleitforschung der Organisations- und Rechtsformen der Modellstädte sowie deren Beratung. Zuvor war sie als Juniorberaterin bei Ramboll Management Consulting im Bereich Politikberatung und Evaluation tätig. Dort arbeitete sie in mehreren Projekten zu den Themen Digitalisierung/Smart City, Stakeholder- und Öffentlichkeitsbeteiligung, sowie integrierte Stadtentwicklung. Theresa Hohmann hat ihren Master im Fach Urbane Geographien an der Humboldt-Universität zu Berlin absolviert und einen B. A. in der Sozial- und Kulturanthropologie an der Freien Universität Berlin.

Magnus Krusenotto

arbeitet seit März 2022 als Jurist und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales im Team Stadt und Gesellschaft am Difu-Standort Berlin. Er wird sich in verschiedenen Difu-Forschungsprojekten und -Wissenstransferleistungen mit praxisrelevanten und interdisziplinären Fragestellungen rund um den Bereich öffentliches Bau- und Planungsrecht sowie raumbezogenes Umweltrecht beschäftigen. Im Fokus werden dabei unter anderem die Baulandmobilisierung und Quartiersentwicklungen mit Urbanen Gebieten stehen. Daneben hat Magnus Krusenotto die Funktion des Datenschutzbeauftragten des Difu inne. An der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und an der Universidad Austral Buenos Aires studierte er Jura und arbeitete zuletzt als Referent im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Bonn.

Elena Plank

ist seit April 2022 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Umwelt im Team Klimaanpassung und Stadtökologie am Difu-Standort Köln tätig. Nach ihrem Studium des Fachs Landschaftsökologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster arbeitete Elena Plank mehrere Jahre in verschiedenen Kommunen als Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanagerin. Zuletzt war sie vier Jahre bei der Stadt Ratingen tätig. Elena Plank wird am Difu unter anderem im Zentrum Klimaanpassung und in der Kommunalberatung Klimafolgenanpassung NRW arbeiten, wobei ihre Praxiserfahrungen aus der kommunalen Arbeit sehr wertvoll sind.

Dimitri Ravin

unterstützt seit Februar 2022 den Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen am Berliner Standort. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Koordinierungs- und Transferstelle Modellprojekte Smart Cities ist er gleichermaßen in den Bereichen Forschung und Wissenstransfer aktiv. Parallel befasst er sich seit 2017 als Herausgeber von „Urban Digital“ sowie als Blogger, Berater und Moderator mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Stadtentwicklung in Deutschland. Dimitri Ravin studierte Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund und untersuchte in seinen Abschlussarbeiten Smart-City-Strategien und -Projekte.

Antje Stegmann

war Bereichsassistentin des Difu-Forschungsbereichs Mobilität am Standort Berlin und wechselte nach über 10-jähriger Difu-Zugehörigkeit die Branche. Seit Mitte April arbeitet sie in der Deutschlandradio-Personalentwicklung. Antje Stegmann assistierte der Bereichsleitung und unterstützte die wissenschaftlichen Mitarbeitenden in zahlreichen Projekten. Sie war neben der Veranstaltungsorganisation des Forschungsbereichs Mobilität unter anderem auch für die Umsetzung von Publikationen in verschiedenen Layouts zuständig. Antje Stegmann war koordinierend zwischen allen Fachbereichen tätig.

Linda Wendt

unterstützt seit März 2022 das Team des „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz“ (SK:KK) im Forschungsbereich Umwelt am Standort Berlin. Linda Wendt ist ausgebildete Kauffrau für audiovisuelle Medien und studierte Musikmanagement (B.A.) an der Triagon Academy in Berlin. Zuvor arbeitete sie in der Kulturbrauerei als Eventmanagerin. Dort organisierte sie seit 2016 Konzerte, Lesungen, Workshops und Kulturveranstaltungen. Durch verschiedene Praktika in Hamburg, London und Berlin sammelte sie Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit. Am Difu unterstützt sie im SK:KK-Projekt den Bereich Veranstaltungen als Projektassistenz.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Ines Böhlick, Theresa Hohmann, Magnus Krusenotto (Fotos: Vera Gutofski), Elena Plank (Foto: privat), Dimitri Ravin (ohne Foto), Antje Stegmann (Foto: David Ausserhofer), Linda Wendt (Foto: Vera Gutofski)



Difu im Berliner Klimaschutzrat

Am 29. März 2022 wurde Difu-Mobilitätsexpertin Anne Klein-Hitpaß in den Berliner Klimaschutzrat berufen. Das Expert:innengremium aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft wird künftig den Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus zu Fragen der Klimaschutz- und Energiepolitik beraten. Gleichzeitig wird der Klimaschutzrat unter Vorsitz der Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, Bettina Jarasch, auf die Einhaltung der Berliner Klimaschutzziele achten, an Strategien und Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes und der Klimaanpassung mitwirken sowie eigene Vorschläge entwickeln.

➔ www.bit.ly/3POMAF7

Transformative Forschung für eine nachhaltige Entwicklung

Im Rahmen der Darmstädter Tage der Transformation fand ein Symposium der Hochschule Darmstadt und der Schader-Stiftung zur transformativen Forschung statt. Im Fokus stand die Frage: Wie gelingt es, mit den relevanten gesellschaftlichen Akteuren Lösungen zu entwickeln und zu erproben, die reale Veränderungen in Richtung nachhaltige Entwicklung bewirken? Difu-Wissenschaftler Dr. Jens Libbe moderierte das Symposium zum Thema „Stadt- und Quartiersentwicklung – Klimawandel in Kommunen“ und nahm an der anschließenden Diskussion teil.

➔ www.bit.ly/3wY39WB

Impulse für nachhaltige Mobilität im ländlichen Raum

Am 16. März 2022 war Jürgen Gies vom Difu zu Gast beim dritten Netzwerktreffen des „Länderübergreifenden Mobilitätsnetzwerks“. Mit seinem Vortrag zum Thema „Nachhaltige Mobilität im ländlichen Raum“ gab er Impulse für die Themen, die 2022 im Mittelpunkt der Arbeit des Netzwerks stehen sollen: Förderverfahren, Mobilitätsmanagement, aktive Mobilität in ländlichen Räumen und die Verknüpfung von Stadt- und Landverkehr. Das Netzwerk soll die Bundesländer beim Auf- und Ausbau von Landesnetzwerken unterstützen und den Kommunen bei der Entwicklung bedarfsgerechter Mobilitätslösungen helfen.

➔ www.bit.ly/3x13xFa

Klima-Zentren des Difu auf Klimaschutzkonferenz des DStGB

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund führte am 16. März 2022 seine 14. Klimaschutzkonferenz unter dem Motto „Kommunen aktiv für den Klimaschutz“ in Bonn durch. Jens Hasse, Leiter des Zentrums KlimaAnpassung (ZKA) am Difu, stellte die Arbeit des ZKA vor: Orientierung, Beratung und bundesweite Vernetzung für Kommunen und soziale Einrichtungen in Sachen Klimaanpassung. Auch das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK), das am Difu angesiedelt ist, war mit einem Beratungsstand vertreten. Außerdem gab Difu-Wissenschaftlerin Ines Fauter Input zum Thema „Konzepte, Personal und Strategien – wie wirken strategisch-organisatorische Maßnahmen für den Klimaschutz?“.

➔ www.bit.ly/3Gyl49C

Deutschland und sein Geld – nachhaltige Finanzpolitik

Öffentliche Finanzen des Bundes, der Länder und der Kommunen zwischen Anspruch, Alltag und Krisen: Diesen Titel trägt ein neuer Band der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er befasst sich mit den aktuellen Herausforderungen und Zielkonflikten nachhaltiger Finanzpolitik. Die Publikation enthält unter anderem die Beiträge von Difu-Institutsleiter Carsten Kühn, „Das Geld der Kommunen“, und Difu-Wissenschaftler Henrik Scheller, „Das breite Repertoire föderaler Finanzgleichsysteme“.

➔ www.bit.ly/3Gw8WHg

Difu auf IFAT 2022 in München

Das wichtige Thema Kommunen und Wasser nahmen Jens Hasse und Jan Hendrik Trapp vom Difu bei der Weltleitmesse für Umwelttechnologien IFAT 2022 auf dem Gemeinschaftsstand der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in den Fokus. Präsentiert wurden unter anderem das Zentrum KlimaAnpassung und das Projekt netWORKS. Im Forum Wasser/Abwasser zeigte Jens Hasse in einem Vortrag anhand von Praxisbeispielen und Forschungsergebnissen, wie Kommunen die Herausforderung Klimaanpassung angehen können. Und wie bekannte Maßnahmen und Modelle wie Schwammstadt, integrierte Planung oder grün-blau-graue Kopplung dabei helfen können.

➔ www.bit.ly/3NkqDvS

Virtuelle Deutschland-Tour zeigt Elemente der Zukunftsstadt

Wie soll die Stadt der Zukunft aussehen? Wie werden unsere Städte lebenswert, klimaanangepasst und ressourceneffizient? Rund 50 Forschungsprojekte haben in der Zukunftsstadt-Forschung praxisnahe Strategien und Produkte entwickelt und erproben diese gemeinsam mit Kommunen. Die vielfältigen Ergebnisse zeigt „Synthese und Vernetzung* - Zukunftsstadt“ (SynVer*Z) auf seiner Website. In einer virtuellen Deutschland-Tour werden ausgewählte Konzepte und Produkte der Projekte vorgestellt. Akteure aus Wissenschaft und kommunaler Praxis kommen zu Wort: Sie berichten von den Wirkungen der Forschung und ihrem Bild der Zukunftsstadt. Die Tour führt bis Dezember 2023 in mehr als 20 Kommunen und stellt ausgewählte Ergebnisse der vom BMBF geförderten Zukunftsstadt-Forschung vor.

➔ www.bit.ly/3t7YJvf

Raum und Mobilität zusammendenken

Die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech) hat die Publikation „Ankommen statt unterwegs sein – Raum und Mobilität zusammen denken“ veröffentlicht. Der Band ist unter Mitwirkung von Difu-Fachleuten entstanden und bietet einen thematischen Einstieg in die gemeinsame Betrachtung von Mobilität und Raum. Denn das Zusammenspiel zwischen Raum und Mobilität eröffnet neue Spielräume für eine nachhaltige Gestaltung des Verkehrs und der städtischen Umgebung, in der er stattfindet. Die Veröffentlichung veranschaulicht die Zusammenhänge auf verschiedenen Größenebenen: für die Stadtregionen, fürs Quartier und für den Straßenzug.

➔ www.bit.ly/34EvZB8

Fotos (v.l.n.r.)

1: unsplash, 2-4: Alexandr, Adrian72, SimonsArt-PhotoVideo (AdobeStock)



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an die Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: [➔ www.difu.de/extranet/](http://www.difu.de/extranet/)

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören: [➔ www.difu.de/15192](http://www.difu.de/15192)

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme im Umgang auftreten oder Fragen bestehen, so hilft der Bereich Wissensmanagement des Difu gern weiter:

Susanne Plagemann, M.A.
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

Kostenfreie Difu-eBooks für Zuwender:

Die Bestellung von Difu-eBooks kann direkt durch Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeitende der Difu-Zuwenderstädte und -verbände erfolgen. Zudem mailen das Difu an seine Difu-Ansprechpartner*innen auf Wunsch automatisch bei Erscheinen neuer eBooks die Codes zum kostenfreien Download (der sonst kostenpflichtigen Difu-Neuerscheinungen) zu. Weitere Infos können über die E-Mail-Adresse vertrieb@difu.de angefragt oder auf der Difu-Website eingesehen werden: [➔ www.difu.de/12544](http://www.difu.de/12544)

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Magazin Berichte 2/2022

[➔ www.difu.de/17392](http://www.difu.de/17392)

Mobilitätskonzepte in neuen Wohnquartieren

[➔ www.difu.de/17379](http://www.difu.de/17379)

Von Beteiligung zur Koproduktion

[➔ www.difu.de/17367](http://www.difu.de/17367)

Wirkungsanalysen von Smart-City-Projekten

[➔ www.difu.de/17362](http://www.difu.de/17362)

KfW-Kommunalpanel 2022

[➔ www.difu.de/17350](http://www.difu.de/17350)

Dialogforum Umweltgerechtigkeit – Gemeinsame Perspektiven für Bund, Länder und Kommunen

[➔ www.difu.de/17352](http://www.difu.de/17352)

Umweltgerechtigkeit stärker verankern Handlungsempfehlungen für Bund und Länder

[➔ www.difu.de/17346](http://www.difu.de/17346)

OB-Barometer 2022

[➔ www.difu.de/17325](http://www.difu.de/17325)

Kommunen spüren steigende Energiepreise und reagieren vielfältig darauf

[➔ www.difu.de/17324](http://www.difu.de/17324)

Reallabore für eine klimaresiliente Quartiersentwicklung – ein Drehbuch

[➔ www.difu.de/17300](http://www.difu.de/17300)

How to KlimaQuali

Schritt für Schritt zum Kommunalen Klimascout

[➔ www.difu.de/17250](http://www.difu.de/17250)

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Difu und Kommunen zu Besuch in niederländischen Fahrradstädten

[➔ www.difu.de/17375](http://www.difu.de/17375)

Smart-City-Kongress vernetzt 73 Modellkommunen Deutschlands

[➔ !\[\]\(3e8965226dc419c1bc612a6bb12ca16e_img.jpg\) www.difu.de/17364](http://www.difu.de/17364)

Umweltgerechtigkeit: Perspektiven für Bund, Länder und Kommunen

[➔ !\[\]\(601e8167fae0c6632c79be232b335d55_img.jpg\) www.difu.de/17326](http://www.difu.de/17326)

Energiemanagement als Erfolgsfaktor für Klimaneutralität in der Kommunalverwaltung

[➔ !\[\]\(cef0e8e399f1448a2a6e9ec3c6038026_img.jpg\) www.difu.de/17365](http://www.difu.de/17365)

Den Folgen voraus sein – Vernetzungskonferenz kommunale Klimaanpassung

[➔ !\[\]\(1e92c3d60f1f8c1ed0363f26c0e12dbd_img.jpg\) www.difu.de/17308](http://www.difu.de/17308)

Stadtgrün und Wasser als Bausteine klimagerechter Quartiere

[➔ !\[\]\(00f0549c4a8fd1f459320fc133c24eaf_img.jpg\) www.difu.de/17277](http://www.difu.de/17277)

Videodokumentation der Fachtagung kommunal mobil 2022.

Leitthema „Digitalisierung. Verkehr. Umwelt.“

[➔ www.bit.ly/3tCAc1L](http://www.bit.ly/3tCAc1L)



Foto: Gina Sanders, Adobe Stock

Presseresonanz – das Difu in den Medien

Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

KOMMUNAL, 1.6.2022

Smart-City-Städte stehen erst am Anfang

Immer mehr Kommunen entwickeln Digitalisierungsstrategien und setzen auf Smart-City-Vorhaben. Doch wie wirken diese Smart-City-Projekte?

➔ www.kommunal.de/smart-city-wirkung

ZDFheute, 31.5.2022

Fünf Lehren aus dem Hype ums Neun-Euro-Ticket

Kann das Neun-Euro-Ticket der Startschuss zu einer Verkehrswende sein? Experten blicken gespannt auf ein großes und einmaliges Experiment.

➔ www.bit.ly/3NDw4pS

Emmett, 24.5.2022

Digitales Parkraummanagement hat Potenzial – doch es steht vor Hindernissen

Einige europäische Städte steuern den Autoverkehr und -besitz mit einem fein justierten Parkraummanagement. Deutschland hat noch Nachholbedarf, doch es tut sich auch hierzu-lande etwas.

➔ www.bit.ly/3NuZ0AG

rbb24, 18.5.2022

Parkplatzsuche in Berlin: Sie drehen schon seit Stunden hier so ihre Runden

In Berlin werden die Parkgebühren angehoben. Das eigene Auto auf der Straße abzustellen, gilt immer noch als völlig normal - trotz zunehmender Platzprobleme. Andere Städte lösen diese radikaler.

➔ www.bit.ly/3GmWgT0

Süddeutsche Zeitung, 16.5.2022

Studie: Pandemie und Krieg belasten kommunale Haushalte

Viele Kämmerer in Deutschland sorgen sich nach zwei Pandemie-Jahren um die Finanzen ihrer Kommunen.

➔ www.bit.ly/3wRzwaz

#stadtvonmorgen, 10.5.2022

Klimaschutz als wichtigstes urbanes Handlungsfeld

Der Klimaschutz wird zum wichtigsten Handlungsfeld der Städte. Dies zeigt das OB-Barometer des Difu.

➔ www.bit.ly/3zgTXPX

stadt + werk, 5.5.2022

Wärmewende muss kommunal sein

Kommunale Wärmeplanung ist ein Schlüsselinstrument für die Wärmewende. Diese Erkenntnis stand im Zentrum einer Veranstaltung von BEE und VKU auf den Berliner Energietagen 2022.

➔ www.bit.ly/3Qy21Sy

rbb Kultur, Der Tag, 29.4.2022

Stadtentwicklung und neue Arbeitswelt

Homeoffice, immer mehr digitale Jobs – wie verändert die neue Arbeitswelt unser Stadtbild? Und umgekehrt: Wie beeinflusst die Stadt-Struktur auch den Arbeitssektor?

➔ www.bit.ly/39R2EFZ

MDR Wissen, 28.4.2022

Wie viel das Neun-Euro-Ticket für Klima und Mensch bringt

Das Neun-Euro-Ticket ist als Reaktion auf Russlands Krieg gegen die Ukraine gedacht, soll Pendler entlasten und Menschen zum Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel bewegen. Kann das gelingen?

➔ www.bit.ly/3soCaCf

Transforming Cities, 19.4.2022

Drehbuch zum Klimawandel für Kommunen

Die Veröffentlichung „Reallabore für eine klimaresiliente Quartiersentwicklung – ein Drehbuch“ hilft Quartieren, dem Klimawandel zu trotzen.

➔ www.bit.ly/3tk1dXj

RedaktionsNetzwerk Deutschland, 12.4.2022

Wie Städte digitaler und intelligenter werden können

Von der Onlineverwaltung bis zum intelligenten Nahverkehr: Viele Kommunen entwickeln dafür bereits digitale Lösungen. Wie sieht das aus?

➔ www.bit.ly/3w6REVC

Kölner Stadt-Anzeiger, 9.4.2022

Hochwasser fällt nicht vom Himmel

Difu-Wissenschaftler Jens Hasse berichtet über

mögliche Maßnahmen, die vor dem nächsten Starkregen-Ereignis von den Gemeinden getroffen werden können.

➔ www.bit.ly/3Q38mFj

Berliner Morgenpost, 3.4.2022

Innerstädtische Autobahnen: Aus klimapolitischer Sicht fatales Signal

Ein Ausbau der Straßen würde den Verkehr und die Anwohner nicht dauerhaft entlasten, so Difu-Wissenschaftlerin Anne Klein-Hitpaß im Gespräch.

➔ www.difu.de/17269

MDR, 30.3.2022

Warum kosten öffentliche Bauprojekte meistens mehr als eingeplant?

Berliner Flughafen, Stuttgart 21 und Elbphilharmonie: Warum werden öffentliche Bauprojekte selten zu den angegebenen Kosten gebaut?

➔ www.bit.ly/3Np3UPj

Nachrichten aus Kaiserslautern, 28.3.2022

Drei Projekte aus RLP nehmen am Bundeswettbewerb AzuKlim teil

Auszubildende als Akteure und Multiplikatoren für den kommunalen Klimaschutz zu gewinnen, das ist das Ziel im Difu-Projekt „Kommunale Klimascouts – Azubis für mehr Klimaschutz“.

➔ www.bit.ly/3N6o1Rx

Deutschlandfunk Kultur, Interview, 25.3.2022

Wie werden Städte und Gemeinden klimaneutral?

Welchen Beitrag Städte und Gemeinde beim Klimaschutz und zum Erreichen der Klimaneutralität in Deutschland leisten können, erklärt Difu-Wissenschaftler Björn Weber im Interview.

➔ www.bit.ly/3OpoaS0

Deutschlandfunk Kultur, Zeitfragen, 22.3.2022

Strukturwandel in Gelsenkirchen: Raus aus der „Vergeblichkeitsfalle“

In Gelsenkirchen stehen die großen politischen Probleme auf der Tagesordnung. Wie kann es wieder aufwärts gehen?

➔ www.bit.ly/3aLiW3F

